



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{2}$ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfstelligen Zeile in Druckschrift 1 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Nr. 402. Morgen-Ausgabe.

Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 30. August 1866.

Abonnement für September.

Der Abonnementspreis für diesen Monat beträgt in Breslau 22 $\frac{1}{2}$ Sgr., auswärts inklusive des Portozuschlags 1 Thlr. 3 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Da die königl. Post-Expeditionen nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir Dicjenigen, welche dieses neue Abonnement benötigen wollen, den Betrag von 1 Thlr. 3 $\frac{1}{2}$ Sgr. **direct und franco an uns einzusenden**, wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlich der betreffenden Postanstalt zur Abholung überweisen werden.

Breslau, den 25. August 1866.

Expedition der Breslauer Zeitung.

* Der Bericht über die Indemnitätsvorlage.

Der von der Budget-Commission erstattete Bericht über den „Gesetz-Entwurf, betreffend die Ertheilung der Indemnität in Bezug auf die Führung des Staatshaushalts vom Jahre 1862 ab und die Ermächtigung zu den Staats-Ausgaben für das Jahr 1866“ liegt uns heute gedruckt vor. Derselbe gibt zunächst eine milde Beurtheilung der budgetierten Verwaltung und dann eine Darstellung der Verhandlungen innerhalb der Commission. Wir heben die Erörterung über den Begriff „Indemnität“ hervor. Es heißt darüber in dem Berichte:

Das Wort Indemnität hat im preußischen Staatsrecht noch keine fest ausgeprägte Bedeutung, und die Ertheilung derselben noch keine bestimmte Form erhalten. Jedes kann es seinem Zweifel unterliegen, daß der Begriff der Indemnität theils die nachträgliche Genehmigung und Gültigkeitsklärung einer ohne gesetzliche Berechtigung vorgenommenen Handlung, theils die Entbindung von den civilrechtlichen und strafrechtlichen Folgen einer gesetzwidrigen Handlung umfaßt. Die dem jetzmaligen Falle angepaßten Indemnitäts-Akte des englischen Parlaments geben diesem Begriff in umständlicher Fassung der Folgen gegen Alle, die durch Rath und That an der Sache betheiligt sind, einen vollständigen Ausdruck. Daß jeder Minister für eine ohne vorgängige gesetzliche Ermächtigung geleistete Ausgabe civilrechtlich verantwortlich bleibt, bis die im Art. 104 der Verfassungs-Urkunde vorgesehene Entlastung erfolgt, ist nicht zweifelhaft; aber ebenso wenig kann es einem Bedenken unterliegen, daß die Führung des Staatshaushalts ohne ein Staatshaushaltsgesetz und die Leistung verweigerter Staatsausgaben eine Verfassungs-Verleugnung enthält, derselben die Anklage nach Art. 61 der Verfassungs-Urkunde erhoben werden könnte, bis sie durch die Indemnität befeistigt wird. Daß in einem solchen Vorgehen eine Verfassungs-Verleugnung liege, ward bei der Revision der Verfassung allgemein angenommen; seitens der ministeriellen Mitglieder der damaligen zweiten Kammer erklärte der Abgeordnete v. Bod: „sollte ein Ministerium versuchen, ohne ein Budget-Gesetz zu regieren, so würde es in Anklagestand gesetzt werden müssen, weil es sich Rechte anmaßt, die ihm nicht zuteile“. Und der Abgeordnete Vierhaupt: „das Mittel für die Kammern, ein Ministerium zum Rücktritt zu zwingen, liege in der Verweigerung der Ausgaben und in der Folge in der Anklage wegen Verfassungs-Verleugnung, wenn trotz der Verweigerung Ausgaben gemacht würden.“

In formeller Beziehung war die Commission darüber einverstanden, daß die Indemnität — wie in England durch eine förmliche Parlamentsakte — durch ein Gesetz ertheilt werden muß, da die Indemnitäts-Ertheilung nicht wie die gewöhnliche Entlastung der Staats-Regierung durch die Kammern nach Vorlegung der Rechnungen über den Staatshaushalt auf einer Befreiung der Verfassung beruht, und da mithin eine bloße einfache Erklärung der Häuser des Landtags keine bindende Kraft haben würde. Dagegen wurde es von den Mitgliedern der Commission, welche die Ertheilung der Indemnität befürworteten, für nötig erachtet, eintheils durch einen Befehl zu dem Gesetz-Entwurf die Folgen der Indemnität dabin zu erläutern, daß es rückichtslos der Verantwortlichkeit der Staats-Regierung so gehalten werden sollte, als wenn die Verwaltung auf Grund gesetzlicher Staatshaushaltsgesetze geführt wäre, und anderntheils der künftigen Rechnungslegung und Entlastung dadurch die erforderliche finanzielle Grundlage zu geben, daß die mitgetheilten Überichten der Staats-Einnahmen und Ausgaben als Grundlagen dafür statt der Staats-Gesetze erläutert würden. Denn wenn es in den Motiven zu der Vorlage der Königlichen Staats-Regierung heißt, daß es eines Ausdrucks der Gelehrsamkeit bedarf, um der Führung des Staatshaushalts für die Zeit seit dem Beginn des Jahres 1862 eine gerechte Grundlage zu schaffen, so entspricht die Fassung des Gesetz-Entwurfs diesem Zwecke infolfern nicht vollständig, als darin nur die Indemnitäts-Ertheilung ausgesprochen, aber keine Festlegung darüber getroffen wird, was an die Stelle der fehlenden Staatshaushaltsgesetze als Grundlage für die Rechnungslegung treten soll. In dieser Beziehung konnten die Voranschläge jetzt nur durch die Nachweisungen der wirklichen Staats-Einnahmen und Ausgaben erlegt werden. Ferner erschien es wünschenswert, dem im Art. 90 der Verfassungs-Urkunde unzweifelhaft vorausgehechten Grundsatz, daß das Staatshaushaltsgesetz regelmäßig vor Beginn des Staatsjahrs festgestellt sein muß, und den desfallsigen, bereits im Jahre 1862 von der königlichen Staats-Regierung ertheilten, jetzt von dem Herrn Finanzminister wiederholten Zusicherung in dem Gesetze einen bestimmten Ausdruck zu geben.

Aus den angeführten Gründen hat die Commission an Stelle des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfs ein Amendment eingefügt, das folgendermaßen gerechtfertigt wird:

Für die Annahme des amendirten Gesetzentwurfs wurde zunächst geltend gemacht: durch das Anerkenntniß der Thronrede, durch die Nachforschung der Indemnität und des Credits sei die königl. Staatsregierung wieder in verfassungsmäßige Bahnen eingetreten, damit und durch die Zuflöderung der rechtzeitigen Vorlegung des Staatshaushaltsgesetzes für die Zukunft sei die Möglichkeit der Verständigung auf dem Boden der Verfassung gegeben. Der materielle Streitpunkt, die Organisation des Heeres, sei durch die jetzigen Kriegszustände, durch die Vergroßerung des Staates und durch die bestehende Überwerfung der Militär-Angelegenheiten an das deutsche Parlament außer Frage gestellt, um so weniger dürfe der Conflict auf dem theoretischen Felde fortgeführt werden. Nach den Ereignissen dieses Jahres habe man allgemeine wenig Sinn für den Budgetstreit, der Wunsch des Landes sei unzweifelhaft auf Beendigung des Conflicts und Versöhnung mit der Krone gerichtet. Eine Verständigung, welcher unter voller Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen Rechtes erfolge, und die nur auf Grund derselben mögliche Mitwirkung der Volksvertretung an den gegenwärtigen Aufgaben des Staates sei um so dringender geboten, als nach den großen Erfolgen des Krieges gegen die Sicherstellung derselben und gegen die neue Gestaltung Deutschlands alle anderen Rücksichten in den Hintergrund treten müssten. Von dem Zustandekommen des vorliegenden Gesetzes würden auch die Verhandlungen über die außerordentlichen Geldbewilligungen abhängen, da diese nach der Natur der Sache und nach wiederholten früheren Erklärungen des Hauses nicht vor der verfassungsmäßigen Regelung der ordentlichen Finanzverwaltung erfolgen könnten.

Ein Theil der Commission wollte dem Gesetzentwurf die Zustimmung versagt wissen. Die meisten der widersprechenden Mitglieder erklärten sich zwar bereit, den nachgefügten Credit zu bewilligen, wodurch ein tatsächliches Entgegenkommen bewiesen und ein verfassungsmäßiger Zustand wieder angebahnt würde, glaubten aber, die Indemnität zur Zeit nicht ertheilen zu können. Seitens derselben wurde ausgeführt:

Die Thaten der Armeen hätten nichts mit dem Budgetrechte zu thun, das innere Landesrecht müsse trotz aller auswärtigen Erfolge festgehalten werden; nicht Nachgiebigkeit gegen die Regierung, sondern Festhalten an dem verfassungsmäßigen Rechte werde das übrige Deutschland gewinnen. Wenn man

auch einen Strich durch die Rechnung der Vergangenheit machen wolle, darf man doch nicht billigen, was gesetzliche Schritte, wie die Reorganisation der Armee, für die Zukunft genehmigen, nicht die Grundzüge verlängern, nicht die Rechte der Volksvertretung preisgeben. Ein scheinbarer Friede nützt nichts, sondern nur die wirkliche Herstellung des Rechtes. Die Regierung fordere mit Indemnität und Credit mehr Bugehändnisse, als daß sie dergleichen mache; ihre Erläuterungen und Vorlagen enthielten keine genügende Compensation für die Indemnität. Der Regierung sei vielleicht selbst nicht viel an Indemnität und Credit gelegen, dann werde der Staat den alien Weg weiter gehen. Das Wort Indemnität habe an sich keinen großen Werth, und das Indemnitätsgebot sei zunächst nur etwas Formelles; erst durch die Wiederherstellung eines wirklich verfassungsmäßigen Zustandes werde der Conflict beendet. Die Credit-Nachforschung gebe nur einen Anhalt dafür, die Prämissen, daß die Regierung nicht mehr ohne Ermächtigung das Gelb ausgabe; erst die wirkliche Feststellung eines Staatshaushaltsgesetzes stelle den verfassungsmäßigen Zustand her, dann könne man pacten. Das Zustandekommen des Budgets für 1867 müsse daher jedenfalls abgewartet werden, um so mehr, da dasselbe wiederum durch das Herrenhaus vereitelt werden könnte, und es sich dann fragen würde, ob die Regierung dessen Widerstand brechen oder zurücktreten würde, um das Budget verfassungsmäßig zu Stande zu bringen.

Die Commission entschied sich für die sofortige Ertheilung der Indemnität und lehnte die vorstehende Resolution mit 25 gegen 8 Stimmen ab. Von den Mitgliedern der Majorität wurde ausgeführt:

Die Befreiung auf eine künftige Indemnität sei werthlos, es handle sich darum, durch eine Beschlusshaltung in der gegenwärtigen Session die Verlängerung herbeizuführen. Wenn man nicht überhaupt den Ministern, welche längere Zeit hindurch verfassungswidrig gehandelt, die Indemnität versagen wolle, sei nicht abzusehen, warum dieselbe jetzt ein Aufgeben des Rechts, ein Preisgeben der Grundzüge enthalte, dagegen nach der ersten Feststellung eines Staatshaushaltsgesetzes zulässig sein sollte. Die einmalige rechtzeitige Feststellung gebe keine weitere Garantie für die Zukunft. Maßgebend müsse das Wiederbetreten des verfassungsmäßigen Weges sein. In dem Vorbericht vom Februar d. J. habe die damalige Budget-Commission nur ausgesprochen, daß die Indemnität nicht während der Dauer einer verfassungswidrigen Verwaltung ertheilt werden könne, und auch die Mitglieder, welche damals die Verwerfung des Budgets beantragt, hätten dies mit der Gewissheit, daß dem Verfahren der Regierung gegenüber doch kein Gesetz zu Stande kommen würde, motivirt, aber die Berathung nicht von sonstigen Garantien für die Zukunft abhängig gemacht. Es ercheine inconsequent, einer Regierung den Credit zu gewähren und die Indemnität zu verneigen. Vollkommen berechtigt sei die Volksvertretung, Indemnität und Credit zu ertheilen, sobald der Boden der Verfassung wieder betreten, sobald sie nicht mehr durch Verfassung dieses Bodens von der Mitwirkung ausgeschlossen werde. Und nach den auswärtigen Erfolgen sei es nicht nur politisch ratsam, den Conflict zu beenden, sondern eine Pflicht der Landesvertretung, sich positiv an den bevorstehenden Arbeiten des Staats zu beteiligen. Das werde durch die Annahme des Gesetzes ermöglicht, wenn danach auch nicht das System der inneren Politik der Regierung bereit und der Weg erwünschter Reformen geschafft werde. Eine Billigung des verfassungswidrigen Geschehens liege in der Indemnität nicht, auch nicht ein Vericht auf gesetzliche Regelung der Militärfrage; aber im Ernst werde schwerlichemand glauben, daß den Ereignissen dieses Jahres einen Minister wegen der Organisation und ihrer Kosten zur Verantwortung ziehen zu können, ja, man würde dieselben in den letzten Jahren wohl kaum bestritten haben, wenn damals der diesjährige Krieg hätte vorhergeschenkt und vorhergesagt werden können. Werde jetzt den Strich der Indemnität der Conflict beendet, so sei eine Wiederkehr in ähnlicher Weise nicht bald zu befürchten. Der verfassungswidrige Zustand sei auch für die Regierung unbehaglich. Ihre jetzigen Erklärungen und Vorlagen, das ausdrückliche Anerkenntniß des Verfassungsrechts in der Thronrede, das Nachsuchen des Credits und der Indemnität — woran vielfach Anstoß genommen — ließen Recht und Verfassung so weit gesichert erscheinen, wie es durch Erklärungen geschehen könne, und wenn jetzt die rechtzeitige Vereinbarung des Staatshaushaltsgesetzes ausdrücklich festgestellt werde, so sei der Kampf nicht umsonst geführt, das Verfassungsrecht durch das gegenwärtige Gesetz nicht preisgegeben, sondern bekräftigt.

Breslau, 29. August.

Außer mit Hessen-Darmstadt und Sachsen ist nur mit sämtlichen Staaten, die sich im Kriege gegen Preußen befanden, der Friede abgeschlossen worden; Württemberg und Baden haben von ihrem Gebiete nichts verloren, Bayern tritt nur zwei kleine unterfränkische Grenzbezirke mit etwa 40,000 Einwohnern ab. Welche Hindernisse der Friedensabschluß mit Hessen-Darmstadt findet, ist nicht bekannt; wahrscheinlich handelt es sich um die Stellung, welche die Provinz Oberhessen zum norddeutschen Bunde einnehmen soll. Daß die Verhandlungen mit Sachsen noch längere Zeit in Anspruch nehmen, darf nicht Wundernehmen, da Preußen hier mit allem Rechte auf der volles Oberleitung der militärischen und diplomatischen Angelegenheiten besteht, wodurch König Johann allerdings nahezu in einen preußischen Vasallen und mediatisierten Fürsten degradirt wird, die Sachsen selbst aber in eine Stellung kommen, welche man in neuerer Zeit mit dem Ausdruck: „Preußen zweiter Klasse“ bezeichnet hat. Die verunsicherten, über den Kreis des sächsischen Horizonts hinausblickenden Sachsen ziehen einer derartigen Stellung selbstredend die volle Union vor. In vorheriger Woche standen übrigens, wie man der „D. A. Z.“ schreibt, die Aussichten der sächsischen Dynastie sehr schlecht. Zwar wäre der Paragraph der Friedens-Präliminarien, der von Sachsen „Integrität“ spricht, auch dann in Geltung geblieben; aber man bezeichnete bereits einen thüringischen Fürsten als den präsumtiven Erben der sächsischen Krone noch bei Lebzeiten des verzeitigen Inhabers derselben. Erst in den letzten Tagen habe sich König Johann endlich entschlossen, den preußischen Bedingungen im Wesentlichen nachzugeben und sich mit den von seinen beiden Bevollmächtigten, Freiherrn v. Friesen und Grafen Hohenholz, vergeschlagenen Modifikationen vollkommen einverstanden erklärt, so daß letztere mit frischem Muthe die Verhandlungen weiter führen könnten.

Mit Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. wird wahrscheinlich ein Frieden nicht erst abgeschlossen, da diese Länder vollständig von Preußen angesetzt worden; es kann sich hier nur um sonstige Entschädigungen an die Fürsten handeln. Am schnellsten scheint sich der Kurfürst von Hessen in das Untermeidliche zu fügen; sehr schwer dagegen wird es dem Georg Rex, der sich, wie eine telegr. Depesche meldet (s. am Schlusse der Zeitung) sogar an einen Kaiser von Russland wendet. Natürlich wird auch dieser Schritt ein vergeblicher sein und König Georg ernten, was er gesät hat; Niemand wird weniger bedauern, als gerade dieser Monarch, der von seiner fürstlichen Stellung die allerabschrecklichsten Begriffe hatte.

Der norddeutsche Bund ist gesichert, nachdem nun alle Staaten dem preußischen Bündnis sich angeschlossen haben. Über die nächsten Ausgaben und Bestrebungen der deutsch-liberalen Partei spricht sich der Ausschuss des Nationalvereins, nachdem er die Forderung gestellt, „daß Preußen möglichst rasch herüberlenke in die Bahn friedlicher Verständigung mit dem öffentlichen Geiste der Nation“, in folgender Weise aus:

Ein großes Arbeitsfeld für die volkstümliche Agitation liegt selbst im deutschen Norden noch vor. Es gilt hier vor Alem, jene Theile der Bevölkerung, welche von dem nationalen Gedanken bisher nur schwach oder gar nicht berührt waren und die daher noch ganz untr. der Herrschaft der partikularistischen Gewohnheiten und Überlieferungen stehen, mit dem neuen Zustande der Dinge auszöhnen zu helfen, theils durch Auflärung mittels Wort und Schrift, theils, indem wir auf möglichste Schönung des Scho-

nungswürdigen hinwirken. Einem und dem andern norddeutschen Landstrich, Mecklenburg z. B. gegenüber, wird unsere Aufgabe umgekehrt liegen, dem nationalgeführten Bürgerthum gegen die herrschende Adelstaate beizubringen und die nötige Gleichartigkeit der Zustände und Institutionen mit dem übrigen Norddeutschland zu erzielen. Noch befinden sich unsere dortigen Freunde tatsächlich ohne Vereins- und Verfassungsgesetz, also ohne jedes Mittel, sich wirksam an den kommenden Parlamentswahlen zu beteiligen.

Bedeutamer ist die Aufgabe in Bezug auf den deutschen Süden. Den Anspruch auf Vereinigung von Großdeutschland auch nur zeitweise aufzugeben, hieße die deutsche Nationalpartei sich selbst aufzugeben, darüber ist kein Wort zu verlieren. Auch wir können uns nicht verbauen, daß der Anschluß der süddeutschen Staaten von Seiten Preußens, selbst wenn es ihm noch so eifrig wollte, doch nicht erzwungen werden kann, ja, nach unseren eigenen Grundsätzen nicht erzwungen werden soll und darf, und daß es nur der Weg der Freiheit, der eigenen Willensbestimmung ist, auf welchem die süddeutschen Bevölkerungen zur bundesstaatlichen Vereinigung mit dem übrigen Deutschland gelangen können. Von Baden abgesehen, ist nicht zu glauben, daß die Regierungen dieser Gruppe aus eigenem Antriebe den Einlaß begeben werden; das Volk also ist es, welches dieselben nötigen muß hereinzutreten. Uns aber liegt es ob, darauf zu dringen, daß die süddeutschen Staaten nicht ausgeschlossen werden gegen ihren Willen und bloss dem Willen des Auslandes zu Liebe; sodann, die im Süden des Südens bereits begonnene Umstimmung zu Gunsten der preußischen Führung nach Kräften zu fördern. Hierbei war im Ausschuss die Meinung überwiegend, daß unsere Agitation von nun an das eigene dringende Interesseninteresse, welches Süddeutschland an der Staatsgemeinschaft mit dem Norden hat, in erster Linie betonen müsse, nachdem die bloße Sympathiewerbung sich bisher nicht so erfolgreich bewiesen hat, als es zu wünschen gewesen wäre.

Im Anschluß hieran machen wir auf einen „Offenen Brief“ des württembergischen Abg. Pfeifer an den Abg. Becker aufmerksam, den die „Schwäb. Volks-Ztg.“ vom 26. Aug. bringt. Mr. Pfeifer spricht seine Verwunderung darüber aus, daß auch Becker sich für den Süddeutschen Bund begeistere, daß auch er in der Trennung Süddeutschlands von dem Norden eine Zufluchtstädt der deutschen Freiheit zu retten vermisse und in der südwestdeutschen Ecke einen Musterfreiheitsstaat aufzrichten zu können hoffe.

Solltest du“, sagt Pfeifer, „wirklich glauben, die Dynastien und der Adel in Süddeutschland werden ihre bisherige Herrschaft gutwillig zu Gunsten eines Musterfreiheitsstaats abtreten? Ich vermag solche Hoffnung nicht zu theilen, ich sehe diebstahl voraus, daß je gefährdeter ist. Dynastien und Adel in ihrer Herrschaft fühlen, sie desto eiferhafter darüber wachen und die Zügel der Regierungsgewalt desto strammer anziehen werden. Ist die nächste Zeit verspreche ich mir von einer freiheitlichen Entwicklung in Deutschland überhaupt sehr wenig; denn die Rechtsachtung, obne welche die Freiheit nicht gedeihen kann, hat einen zu argen Stoß erlitten; allein es will mich fast bedenken, daß nicht einmal das Jahr 1866 seinen Kreislauf vollendet, ehe es dem süddeutschen Volke klar zu werden beginnt, daß selbst in freiheitlicher Hinsicht der Norddeutsche Bund mehr gewartet, als die süddeutschen Regierungen bieten wollen und können.“

Sehr richtig. Auch wir machen uns keine Illusionen über die freiheitliche Entwicklung in Norddeutschland, aber mindestens der Voraussetzungen zu einer solchen liegen im Norden mehrere vor als im Süden.

Die Friedensverhandlungen zwischen Italien und Österreich haben nun mehr begonnen, und nach den glaubwürdigsten Berichten aus Wien und Paris steht zu erwarten, daß Österreich, welches zu der Überzeugung gelangt ist, es sei besser, sich an Italien einen Freund zu erwerben, als die bisherige Feindschaft durch kleinliche Feindschaften bei der Grenzregulierung zu vereinfachen, daß das ganze Gebiet rings um den Gardasee an Italien abtraten, und Italien damit von der Besorgniß befreien wird, daß österreichische Kanonenboote späterhin die nördlichen Festungen des Viereds, ja selbst Mantua bedrohen könnten. Nur noch ein Punkt ist, wie es heißt, zu erledigen, der die Negociationen leicht noch in die Länge ziehen könnte. Österreich soll nämlich für die Befestigungen des Viereds eine so hohe Entschädigungssumme beanspruchen, daß man von Seiten Italiens nicht darauf eingehen zu können meint. Indest glaubt man, daß die beiden Regierungen sich an den Schiedsspruch des Kaisers Napoleon wenden, und daß man auch diesen Punkt so schnell wie möglich in's Reine zu bringen suchen wird. Was die Agitation für das Trentino anlangt, so ist diese, wie die Sendung des Herrn Prati (s. „Paris“) beweist, noch immer nicht ganz eingeschlummert. Uebrigens wird aus Rom wiederholt gemeldet, daß die Jesuitenpartei alle Hebel in Paris und Wien in Bewegung setzt, um den Frieden zwischen Italien und Österreich zu unterstützen.

Was die vergeblichen Unterhandlungen zwischen Italien und Rom betrifft, so sind die darüber kursirenden Angaben wenigstens hinsichtlich Italiens gründlos. Nur die französische Diplomatie sucht den Papst zu bereden, die Unterhandlungen mit der italienischen Regierung wieder aufzunehmen; sie scheint Hoffnung zu tragen, diesmal einen besseren Erfolg zu erlangen, nachdem die Clemente, an welchen die früheren Negociationen sich zerstreuhten, aus Rom entfernt worden sind. Es taucht aber eine andere Schwierigkeit auf, nämlich, daß man gegenwärtig auf ganz anderen Grundlagen verhandeln möchte als zur Zeit der Begezzii'schen Mission.

In Frankreich haben sich die ungünstigen Gerüchte, welche schon seit längerer Zeit hinsichtlich der Beziehungen des Cislerien-Cabinets zur deutschen Frage kursiren, noch keineswegs gänzlich verloren. Man hat vielmehr den etwas zweideutigen Ton wohl bemerkt, in dem sich seit einigen Tagen das offizielle „Papst“, welches bisher so große Sympathie für Preußen zeigte, über dieses Land ausspricht. Man vermutet, daß diese Artikel aus einer fast offiziellen Quelle herrühren, und man glaubt darin den Beweis einer gewissen Aufregung gegen die preußische Regierung zu erkennen. Indoch ist es immerhin beruhigend, constatiren zu können, daß selbst die argsten Beschwistar den Ausbruch der Verwicklungen, die sie am politischen Horizonte zu erwarten glauben, auf länger als ein Jahr bis nach dem Schluß der großen internationalen Ausstellung vertagen. In Zeit von achtzehn Monaten können sich aber so viele Thatsachen ereignen, und in der öffentlichen Stimmung kann eine solche Aenderung eintreten, daß die Besorgniß, was dann eintreten möglicher als überflüssig ist. Jetzt wird die französische Regierung die Nation auf den Weg des materiellen Fortschritts treiben. Man wird den öffentlichen Arbeiten und den Privatunternehmungen die Tätigkeit zu geben suchen, die ihnen seit beinahe zwei Jahren in einem so hohen Grade gefehlt hat. Dann hat der Kaiser auch die großen Pläne für

nannten liberalen Galhollen erschint Alles, was seit der Niederwerfung des schweizerischen Sonderbundes bis Castelfidardo geschehen, als Tyrannie, und es heißt, daß künftigen Generationen ein Tacitus erstehen werde, um die jüngsten Gebegebenheiten würdig zu beschreiben. Es sieht die Siege Preußens von Richthofen zu Krichum siegen — (Worte Napoleons bei seiner Landung von Elba) — und die alten Traditionen des Hesses gegen Frankreich wieder erstehen. Es ruft alle seine Autoritäten von Montalembert bis Thiers an, um zu beweisen, daß die Geographie selbst Preußen zum Gegner Frankreich geschaffen, und sieht in nächster Nähe den Untergang des Katholizismus den es mit Frankreich identifiziert. Herr v. Falloux, die Seele des „Correspondant“, ist, wie die „Nat. Ztg.“ sehr richtig bemerkt, der gewandteste, wenn auch peinlichste Gegner der bestehenden Ordnung der Dinge.

Das Urteil, welches von einem Theile der englischen Presse über die jüngsten Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus gefällt wird, lautet keineswegs günstig. Insbesondere glaubt das Tory-Organ, der „Morning Herald“, daß jetzt, wo die liberale Partei des Hauses, vor dem Geist und Glück des Grafen Bismarck“ das Gewehr gespreizt habe, das lezte Stündlein des Constitutionalismus in Preußen schlagen werde. Was ihn vorzugsweise zu dieser Propheteiung treibt, ist die durch das radikale Wahlgesetz beabsichtigte Demokratisierung des national-deutschen Parlaments!

„Mit der Einberufung des deutschen Parlaments wird durch die Oesterreich und seinen Aliierten beigebrachte Niederlage — sagt der „Herald“ — hat der preußische Minister, möglicherweise auf immer, die constitutionelle Partei Preußens und Deutschlands zu Boden geschlagen. Von dem Augenblick, da der Krieg begann, wurden alle parlamentarischen Kämpfe der letzten fünf Jahre in den Augen des preußischen Volkes beinahe zu nichts. Es ist in Deutschland beinahe kein Raum mehr für einen gemäßigten Liberalismus.“

Unabhängig wird man sich erinnern, daß die liberale Partei des preußischen Abgeordnetenhauses von der englischen Presse bisher oft in sehr inconsequenter Art gelobt worden ist, indem man ihr bald vorwärts, daß sie, wie in der dänischen Angelegenheit, die nationalen Interessen über die der Freiheit setze, bald, daß sie die Freiheit mit einem Sprunge erreichen wolle, und bald, daß sie energie- und mächtlos sei. Auch das Urteil des „Morning Herald“ ist ebendeshalb wenig zuverlässig. Gerade er war es, der die liberale Partei des Abgeordnetenhauses bisher wegen ihres „Compromiss hassen“ Wesens für unpraktisch und politisch unfähig erklärte. Jetzt, wo das Haus sich jedenfalls als sehr „praktisch“ erwiesen hat, geht nach der Meinung des edlen Blattes des preußischen Constitutionalismus mit einem Male seinem Untergang entgegen. Das Blatt wird sich, wie wir überzeugt sind, deshalb bald beruhigen können.

In Griechenland erregt der Aufstand in Aaland allerdings große Theilnahme. Indes schwächen die guvernementalen und finanziellen Uebelstände augenblicklich den Enthusiasmus für „die große Idee“, und die Griechen haben eben keine große Lust, mit der Türkei anzubinden. Was die Verhältnisse in Aaland beweist ist, daß unter der dortigen griechischen Bevölkerung etwa 60- bis 80,000 zum Islam übergetreten sind, welche eben so sehr, wie die anderen Griechen gegen das türkische Gouvernement ausgebracht sind, aber wegen der Religionsverschiedenheit von ihren Volksgenossen als Abtrünnige betrachtet werden.

Preußen.

= Berlin, 28. Aug. [Die Antwort des Königs. — Die Annexions-Commission. — Die Anleihe.] Das heute zahlreich auf den Tribünen des Abgeordnetenhauses anwesende Publikum erwartete die Mittheilung des authentischen Wortlauts der Antwort, welche Sr. Maj. der König nach der Adresse des Hauses erhielt hat. Über den Grund, weshalb der Präsident v. Horckenbeck diese Antwort nicht mittheilte, erfährt man Folgendes. Der Präsident hatte sämtliche Mitglieder der Deputation, welche bei der Ueberreichung der Adresse anwesend waren, gleich nach dem stattgehabten Empfang vereinigt, um den Wortlaut der Antwort nach dem Gedächtnis festzustellen. Die so vereinigte Antwort wurde dem Staatsministerium zur Begutachtung überwiesen; es ist jedoch darauf die Antwort erfolgt, daß das Staatsministerium die offiziellen Acte durch die Thronrede und die Ueberreichung der Adresse für erledigt erachtet und für private Neuuerungen Sr. Maj. eine Beitritung nicht übernehmen könnte. Darauf hin unterließ der

Nebenschau.

Bon Karl Neumann-Strela.

Die rothen, weißen und gelben Rosen dufteten, die Vögel schmetterten die besten Lieder, die Sonne glänzte, der Himmel wölbte sich in lieblichster Bläue, durch den Tannen- und Buchenwald ging ein Flüstern und Lachen — „o daß sollen ein paar prächtige Tage hier oben werden!“ riefen die beiden Herren, welche den Reisewagen verlassen hatten und nun auf einem näher führenden Wege langsam nach dem Schlosse Dornburg hinaufstiegen.

Es war der Herzog Karl August mit seinem Göthe. Arm in Arm schritten die „Unzertrennlichen“ dahin, bald vor einer Sichtung stehen bleibend, die die Aussicht auf Jena und die Ausläufer des Thüringerwaldes gewährte, bald hie und da Rosen brechend, um den Hut oder das Knopfloch damit zu schmücken. Wieder einmal waren sie dem Lärm der Residenz, in die erst vor wenig Tagen der Dichter Lenz, der Genialste aller Genialen, eingezogen war, entflohen, um auf Dornburgs Höhen die Maskeraden und Fackelzüge, die Komödien und Stelldeichins auf eine Weise zu vergessen, um hier das Wohl des Landes ohne jede Störung berahmen zu können.

Jetzt hatten sie das Portal des Schlosses erreicht. Ihre Ankunft geschah an einem Sonnabend; die Herzogin Mutter Anna Amalia und die regierende Herzogin Louise, welche durch den Besuch der Fürstin von Dessau noch in Weimar zurückgehalten wurden, hatten am Montag nachzukommen versprochen. Unter dem Portal, die Herren empfanden, stand der treue, im Dienst ergraute Castellan. „Na, guter Alter“, so begrüßte ihn der Herzog, die Rechte ihm reichend, „wie stehts und wie gehts hier oben? Brummt du auch, daß wir dich einmal wieder überfallen? Na, Alterchen, tröste dich, diesmal sollst du uns bald wieder loswerden. Da, eine Pfeife, die ich dir mitbringe — paperlapap, behalte deine Danksgaben für dich!“

Nun traf auch der Reisewagen ein; ein zweiter Wagen mit den Dienstern und dem Gepäck folgte. Die hohen Freunde versagten sich in ihre Gemächer, um sich nach flüchtiger Toilette im Eingang des Schloßgartens wiederzufinden. In wichtige Gespräche vertieft, schritten sie auf und nieder. Dann befahl Göthe einem vorübergehenden Gärtnerburschen, die schönsten Rosen zu einem Strauß zu binden und diesen nach Weimar an Frau von Stein zu senden; der Herzog hingegen wünschte dem Castellan und fragte mit einer Genauigkeit, die den alten Diener in Erstaunen setzte, nach dem Wohlergehen der Dornburger. Ob der lahme Steffen noch lebe? Ob sich Försters Hanne verheirathet habe? So folgte eine Frage der andern, und der Castellan konnte das Gedächtniß seines Herzogs gar nicht genug bewundern. Später erschien der Kammerbusar mit Briefen und Zeitungen. Karl August erbrach die Lippe, Göthe schlug die Reichszeitung auseinander, und so schritten sie stumm nebeneinander her. Gesenkten Hauptes und mit eingezogenen Schwänzen folgten drei riesige Hühnerhunde, die sich über diese Stille zu ärgern schienen.

Pfeiflich blickte der Herzog auf, seine Stirn schlug Wellen.

Präsident die Mittheilung der Antwort. — Die Commission des Abgeordnetenhauses, welche die Einverleibung des Königreichs Hannover u. mit Preußen zu berathen hat, tritt heute Abend, vermutlich zu ihrer letzten Berathung, zusammen. Das von den verschiedenen Antragstellern vereinbarte Amendement, welches von dem Berichterstatter Abg. Kannegießer dem Ministerpräsidenten übermittelt worden, wird von der Regierung acceptirt, nur wünscht dieselbe, statt des Ausdrückes „Staatsgebiet“ den Ausdruck „Monarchie“ gesetzt zu sehen, worauf die Commission leicht eingehen wird. Dagegen erheben sich noch Bedenken gegen die Zustimmung zu dem interimistisch durch Verordnung zu führenden Regime in den annexirten Ländern, doch werden diese Anstände wohl ohne Schwierigkeit sich beseitigen lassen. — Morgen Vormittag beginnt die Commission des Abgeordnetenhauses, welcher die Berathung des Gesetzes, betreffend die Bewilligung einer Anleihe auf Höhe von 60 Millionen Thalern übertragen ist, ihre Thätigkeit. Zum Referenten ist der Abg. Abp. zum Correferenten der Abg. v. Eingenthal ernannt.

Dem Abgeordnetenhaus sind bis jetzt von der Regierung 25 Gesetze und Verträge u. vorgelegt; acht davon sind bereits erledigt und dem Herrenhause überwiesen. Man glaubt, daß die Session sich doch bis gegen das Ende des nächsten Monats hinziehen dürfte. — Die Geschäftsordnungs-Commission wird sich demnächst mit dem Antrage des Abg. Heise wegen Ernennung der Fachcommissionen durch den Präsidenten beschäftigen. Das Referat für das Plenum hat der Abg. Graf Schwerin übernommen.

Stettin, 27. Aug. [Kurfürstliches.] Mit dem heute Abend 10½ Uhr hier von Berlin kommenden Buge traf die Fürstin von Hanau ein. Sie wurde vom Kurfürsten und von ihrer Tochter, der Gräfin Isenburg auf dem Bahnhofe empfangen, und begab sich mit denselben zum Hotel de Prusse, der jetzigen Wohnung des Kurfürsten.

Stettin, 24. August. [Die parlamentarische Thätigkeit der städtischen Beamten.] In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurden den Oberlehrer Th. Schmidt, als Vertreter des randower Kreises im Abgeordnetenhaus, die Stellvertretungskosten (im Betrage von 42 Thlr. monatlich) beantragt. Die Finanzcommission schlägt vor, diese Summe für die jetzige Session wie früher zu bewilligen, zugleich aber zu erklären, daß die Versammlung fünftig für Lehrer oder Beamte, welche eine parlamentarische Thätigkeit übernehmen, nicht mehr die Stellvertretungskosten bewilligen werde. Die Herren Gravitz, Prof. Schmidt und Justizrat Zacharia sind gegen diese Erklärung, während dafür vom Referenten Herrn Diesen und von Dr. Wolff geltend gemacht wird, daß es parlamentarische Institutionen als dauernd geplant, ein abnormaler Zustand sei, wenn Lehrer oder Beamte ungefähr ein Drittel des Jahres von ihrem Amt entfernt seien, weshalb ja auch neuerdings bei Anstellung von beflockten Magistratsmitgliedern der Vorbehalt gemacht sei, daß sie eine parlamentarische Thätigkeit nur mit Genehmigung der Stadtverordneten übernehmen dürfen; in Fällen, wo nun ein solcher Vorbehalt noch nicht gemacht sei, ei es wenigstens nicht zu rechtfertigen, daß die Aufrechthaltung eines anomalen Verhältnisses auf städtische Kosten erleichtert werde. Die Erklärung wird schließlich mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen. (Ost. 8.)

Samter, 27. August. [Abgeordnetenwahl.] Bei der heute für den Wahlbezirk Samter-Birnbaum in Birne stattgehabten Wahl eines Abgeordneten an Stelle des Rittergutsbesitzers Kebel, welcher abgelehnt hat, wurde der Canidat der Conservativen, Landrat Greif in Birnbaum mit 155 Stimmen gewählt. Sein Gegencandidat, Kreisgerichtsrath v. Twardowski von hier, erhielt nur 93 Stimmen, und 8 Stimmen fielen auf den früheren Abgeordneten v. Sauden-Julienfelde. (Ost. 8.)

Deutschland.

Augsburg, 26. Aug. [Abmarsch.] Frhr. v. Pakeny v. Kielstädt, österreichischer General und Präsident der Bundes-Militär-Commission, so wie die Bundesstagsgesandten Frhr. v. Schrenk, Baron v. Linden und Fürst Sayn-Wittgenstein (Baier, Württemberg, Nassau) werden heute Augsburg verlassen. Der vormalige österreichische Bundes-Präsidialgesandte, Baron v. Kübeck, ist bereits abgereist.

(A. Abdtg.) Mainz, 26. Aug. [Die Besetzung der Stadt.] Etonischer, als die Besetzung von Mainz durch ausschließlich preußische Truppen, hat sich kein Ereigniß in der Geschichte der Stadt angekündigt: „An großer Zogl. Einquartierungskommission zu Mainz. Ich rufe morgen Mittag mit circa 8000 Mann in Mainz ein, welche nebst Offizieren bis zur erfolgten Instandsetzung der Kasernen in der Stadt einzuarbeiten sind, vorläufig auf drei Tage mit Verpflegung. Einquartierungs-

(A. Abdtg.) „Sie ist die Frau des Schankwirths Müller in Naschhausen, eine viertel Stunde von hier.“

„O das Nest kenn ich sehr gut und den Müller dazu. Weißt Du, Göthe, der uns im vergangenen Herbst die superben Forellen aufzischte? — Gut, schick die Frau her, schnell!“

Und kaum war der Diener gegangen, da trippelte die kleine blonde Frau Müller auch schon den Eingang hinunter. Und bevor sie noch dem Herzog gegenüberstand, fing sie bereits an zu knixen und mit der Geläufigkeit eines Mühlrades zu reden: „Ach, Herr Herzog, ich bin ja nur eine ganz gewöhnliche Frau, sehr viel Ehre für mich, dem Herrn Herzog mein Leid klagen zu dürfen. Ach es ist zu schrecklich! Wenn Einer auf Haussfrieden hält, bin ich es, niemals sag' ich ein böses Wort, aber was zu arg ist, ist zu arg!“

„Zur Sache“, warf Karl August ein.

„Ja ich werd' mich kurz fassen. Der Fritz Grobe nämlich hat auf meine Tochter Marie ein Auge geworfen. Und das Mädchen ist ihm auch gut — o daß kann die Marie nicht begreifen! Wenn's nach den Beiden ginge, machen sie am liebsten morgen Hochzeit; Ja, Herr Herzog, ich bin freilich der Marie ihre Mutter, aber das muß ich doch sagen, ein schmuckes Ding ist sie und wer die einmal kriegt, der ist nicht betrogen!“

„Nun ich denke“, meinte Göthe, „Fritz Grobe —“

„Der“ rief sie, beide Hände ballend, „der Strolch, der arme Schlucker! Das Mädchen ist blind und mein Mann, der seinen Segen geben will, dazu. Aber es wird nichts daraus, ich bin die Frau im Hause, ich werd' nie und niemals Amen sagen! — Der Herr Herzog sollten mal hören, was das in meinem Hause für ein Jammer und Geplapper ist. Die Marie weint sich bald die Augen aus dem Kopf, mein Mann brummt, weil ich nicht nachgeben will, und da natürlich läuft mir stellenweise auch die Galle über.“

Auf Karl Augusts Miene lagerte eine Wolke des Misstrauens. „Darum also bist du heregekommen?“ rief er. „Das ist ja eine Geschichte für die alten Weiber in Naschhausen, aber nicht für mich. — Woie!“ Und er deutete mit der Rechten den Gang hinunter.

Jedoch die Frau Wirthin rührte sich nicht; nur stemmte sie die Arme in die Seiten und warf den Kopf in den Nacken. „Ein echter Hausscharr“, flüsterte lachend Göthe, und der Herzog, der gleichfalls die Lippen verzog, fragte: „Was willst du mit dieser plastischen Stellung ausdrücken?“

billets bereit halten. gez. Prinz Holstein.“ So lautete ein gestern gegen Abend erschienener Maueranschlag. Ein Zusatz der Bürgermeisterei drückt die Hoffnung aus, die Bürgerschaft werde den eindrücklichen Truppen einen freundlichen Empfang zu Theil werden lassen. Ob dies Umgehen jeder Vermittlung, namentlich der der Territorialbehörde, darauf zu deuten ist, daß Mainz politisch und militärisch unter preußische Herrschaft kommen wird, mag untersucht bleiben. Die angekündigten Truppen sind heute kurz nach Mittag unter Klingendem Spiel eingetroffen. Sie bestehen aus dem 20. und 32. Regiment, im Ganzen 8000 Mann, während Castel 1800 erhielt. Schon vor ihnen, gestern Abend, waren die technischen und Verwaltungs-Truppen, und zwar die alten Persönlichkeiten, wieder eingetroffen. Die heute eingerückten Truppen sind zum Theil, wie man hört, als Besatzung für Luxemburg bestimmt und werden durch andere ersetzt werden. Die bayerische Besatzung ist heute früh 5 Uhr abgezogen. Die Verlegung der kurhessischen Division zeigt sich als nothwendig und wird morgen und übermorgen erfolgen. Die Nassauer werden einfach entlassen werden. (Fr. 3.)

Karlsruhe, 26. August. [Der Friedens-Vertrag.] Die amtliche Zeitung veröffentlicht den Friedens-Vertrag mit Preußen. Hier die wesentlichsten Bestimmungen desselben (Artikel 5 bis 8 gleichlautend mit dem von uns veröffentlichten Vertrag mit Württemberg):

Art. 1 steht zwischen beiden Theilen Frieden und Freundschaft auf ewige Zeiten fest. Art. 2. Der Großherzog verpflichtet sich, an den König von Preußen 6 Millionen Gulden binnen zwei Monaten zu bezahlen. Durch Bezahlung dieser Summe entledigt sich der Großherzog der im Waffenstillstand-Vertrag d. d. Würzburg, 3. August 1866, übernommenen Entschädigungsverbindlichkeiten. Art. 3. Die Contrahenten werden vom 1. Januar 1867 ab die Erhebung des Schiffsbefreiung-Tarif B. zur Ueberreinlung vom 31. März 1831 — als auch des Zolls von der Ladung — aufzufordern. Art. 4. Die Contrahenten werden vom 1. Januar 1867 ab die Erhebung des Schiffsbefreiung-Tarif B. zur Ueberreinlung vom 31. März 1831 — als auch des Zolls von der Ladung — aufzufordern. Art. 5. Die Contrahenten werden vom 1. Januar 1867 ab die Erhebung des Schiffsbefreiung-Tarif B. zur Ueberreinlung vom 31. März 1831 — als auch des Zolls von der Ladung — aufzufordern. Art. 6. Die Contrahenten werden vom 1. Januar 1867 ab die Erhebung des Schiffsbefreiung-Tarif B. zur Ueberreinlung vom 31. März 1831 — als auch des Zolls von der Ladung — aufzufordern. Art. 7. Die Contrahenten werden vom 1. Januar 1867 ab die Erhebung des Schiffsbefreiung-Tarif B. zur Ueberreinlung vom 31. März 1831 — als auch des Zolls von der Ladung — aufzufordern. Art. 8. Die Contrahenten werden vom 1. Januar 1867 ab die Erhebung des Schiffsbefreiung-Tarif B. zur Ueberreinlung vom 31. März 1831 — als auch des Zolls von der Ladung — aufzufordern.

Nassau, 24. Aug. [Die nassauischen Truppen.] Dem „Fr. Journal“ wird aus Wiesbaden berichtet: „Wie wir soeben aus guter Quelle vernehmen, werden die nassauischen Truppen vom nächsten Montag ab in mehreren Abtheilungen in das Land zurückgeführt. Waffen, Pferde, Munition und Kriegsmaterial aller Art sind an die nunmehr preußischen Behörden abzuliefern. Die Corps werden sofort aufgelöst und die Mannschaften bis zum Feldweibel aufwärts in die Heimat entlassen. Den Subalternoffizieren bis zum Hauptmann aufwärts steht der Eintritt in preußische Dienste frei; bezüglich der Stabs- und Oberoffiziere ist die Entscheidung des Königs für jeden Einzelnen vorbehalten. Die Reformation der Corps soll erst später erfolgen.“

Nassau, 25. Aug. [Sonderbare Rechtsfrage.] Der „Fr. Z.“ wird geschrieben: Die bewegte Zeit wirft u. A. auch sonderbare Rechtsfragen auf. Vor vier Wochen, als hier noch die Bundestagsarmee stand, galt Federmann, der nicht für Oesterreich und die Bundesgemeinde schwärzte, für einen „Verräther“ oder einen „Preußischen Spion“ und war als solcher Insulten ausgesetzt. In dieser Lage fand sich auch Herr Weißkirch in Rauenthal, in dessen Weinbergen jene bekannte Edle Blume des Rheingaus wächst. Auf Ansichten eines schlechten Subjektes beschmierten ihm seine beobachteten Mitbürger vor etwa einem Monate nächtlicher Weile das Haus mit Roth und schrieben „Bismarck“ an die Wände. Das blieb so, bis für Rauenthal preußische Einquartierung bevorstand. Da wurde es den Missethätern schwül. Sie wollten die eigenthümliche Decoration entfernen. Herr Weißkirch litt es nicht. Da ließen sie an das Verwaltungamt; und dieses befahl, unter Androhung von Geldstrafe, die Inschrift, welche schon vier Wochen stand, nunmehr „als aufzreizend“ zu entfernen. Herr Weißkirch aber bestand auf seinem Hauss- und Eigentumsrechte. Er widerstrebte sich der Entfernung und trieb die Sache bis zum Civil-Commissar; er wolle, sagte er, was man ihm als Schimpf angesehen, nunmehr zum Schimpf behalten und als Bescheinigung seiner eigenen Gesinnung und der Beschaffenheit seiner Gegner auf Kinder und Kindeskinder vererben; er verlange deshalb, daß der Name bleibe. Der Civil-Commissar willfahrt ihm. So steht denn

„Der Fritz muß fort aus Naschhausen. Wenn er bleibt, ist's noch mein Tod!“

„Oho, Müllerin, so schnell stirbt es sich nicht. Und soll ich etwa den Fritz —“

„Herr Herzog“, warf sie rasch ein, „ich hab' so bei mir gedacht, weil er eben ein stammer und gesunder Bursche ist, der gut und gern seine sechs Fuß misst, so müßte er einen Soldaten abgeben der —“

„Das ist wahr! Der Gedanke ist vortrefflich, ganz vortrefflich! Gesund, sechs Fuß — der Bursche wird sich prächtig im bunten Rock machen!“ Er rief das, theils zum Freund, theils zur Frau sich wendend; in seiner Erregung hatte er die Briefe fallen lassen. Sein Blick glänzte, höher schlug sein Herz; dieser Gedanke erfüllte ihn, den Soldatenfreund, mit solcher Freude, daß er flugs in die Westentasche griff, den Einfall der Müllerin mit einem Goldstück zu belohnen. „So, gute Frau, geh' du jetzt ganz ruhig nach Hause, den Fritz Grobe wird man zu finden wissen. Aber, hörst du, betrachte die Sache als Geheimnis, damit der Strolch sich nicht aus dem Staub machen kann. — Schon gut“, fügte er hinzu, als er auf ihrer Lippe eine Fluth von Danksgaben bemerkte, „das kannst du sparen. Adieu!“

Hochbegliickt verließ sie den Garten, und der Fürst fuhr fort, sich die Hände reibend: „Herrlich, Wolfgang, herrlich! Wenn sich der Bursche wirklich so annimmt, wie die Müllerin ihn anpreist, soll er in meine Leibcompagnie eingereiht werden! — Thue mir den Gefallen und besorge die Aushebung, aber, hörst du, ohne Aufsehen zu machen. Heute am Sonnabend, wo die Arbeit zeitig eingestellt wird, ist es nichts damit, und morgen am Sonntag ebensowenig; dann geht der Strolch entweder in die Kirche, um mit seinem Mädchen zu liebäugeln, oder gleich nach Mittag auf den Tanzboden. Also Montag — Montag, ehe meine Gemahlin und Frau Mama von Weimar kommen. Nur vermeide jedes Aufsehen. Schicke drei Mann von der Schlosswache ganz still nach Naschhausen hinüber. — Ich kann doch auf dich rechnen?“

„Karl, Karl!“ Der Dichter stand unbeweglich und mehr sagte er nicht, nur sein großes dunkel

nun auf der Fronte des Hauses, in dessen Kellern der beste Wein des Rheingaus lagert, mit großen Buchstaben „Bismarck“ geschrieben.

Biesbaden, 26. August. [Adresse und Antwort.] Der Gemeinderath der Stadt Diez hat eine Adresse an den König von Preußen gerichtet, worin er die Sache Preußens für die seine erklärt. Es heißt darin:

„Langt losgesagt im Herzen von einer Regierung, die ihre dynastischen Interessen über diejenigen des Landes stelle und mit dem Feinde deutscher Einheit gemeinsame Sache mache, dürfen wir nicht länger mehr zögern, unserer Gemüthe auch vorhin Ausdruck zu geben, von wo allein die Sicherung der schweren Schäden kommen kann, an denen das nassauische Staatswesen seit lange traut. — Majestät! Die tiefe Verküstung, welche von unserem öffentlichen Leben bis zu den privaten Verhältnissen hindrängt; die Wunden, welche niedrige Selbstacht und Denunciation den Bewohnern dieses schönen Landes geschlagen; der confessionelle Haver, welcher seit Jahren emsig geführt worden ist, werden heilen, und hellere Tage werden, dies hoffen wir mit Zuversicht, über uns hereinbrechen, wenn unsere nassauischen Lande dem mächtigen Zepter Preußens angelassen sein werden.“

Darauf ist folgende Erwiderung des Herrn v. Bismarck ergangen:

Berlin, den 18. August 1866. Die Adresse des Bürgermeisters und Gemeinderaths der Stadt Diez habe ich Sr. Majestät dem Könige vorgelegt. Ich erfülle eine angenehme Pflicht, indem ich die Herren Unterzeichner im Auftrag Sr. Majestät davon in Kenntnis setze, daß Alerhöchstbetriebelben Ihre lebhafte Befriedigung ausgesprochen haben über das Vertrauen, welches die Stadt Diez zu dem Vereine Preußens in so freudiger Sprache ausdrückt. Die öffentlichen Blätter werden bereits die Kunde von dem wichtigen Schritte nach Nassau gebracht haben, welcher durch eine Vorlage an den preußischen Landtag geschieht ist, um die in der Adresse ausgesprochenen Wünsche zu erfüllen. v. Bismarck.“

Hannover, 25. Aug. [Der lüneburgische Provinzial-Landtag]

hat gestern getagt, obwohl dem Landshof-Director ein Schreiben vom 22. d. M. zugegangen war, das preußischerseits die Erwartung ausdrückt,

der Landtag werde, wenn er etwa Schritte gegen die Einverleibung vorhaben,

nach der inzwischen erfolgten allerhöchsten Botschaft an die preußischen Kam-

mern, davon abstehen. Solche Schritte, heißt es weiter, würden absolut kei-

nen Erfolg haben können, von der preußischen Regierung aber als direct

feindliche Kundgebungen angesesehen werden und möglichster Weise die Land-

schafft in Gefahr bringen, ihre selbstständige Existenz für die Zukunft zu ver-

lieren. Je erwünschter es aber erscheine, daß man bei den bevorstehenden

Neugestaltung Hannovers den eigenhümlichen Einrichtungen und Verhält-

nissen die mögliche Schonung angeleide lassen, umso mehr würde es zu be-

klagen sein, wenn die preußische Regierung durch irgendwelche Vortummisse

gezwungen sein sollte, das entgegengeführte Verfahren einzuschlagen. Schließ-

lich überläßt das Schreiben dem Ermeien Sr. Excellenz (des Landshof-Directors v. d. Lnebeck nämlich), ob er unter diesen Umständen vielleicht

von der Abhaltung des Landtages ganz absieben wolle. Im landshaftlichen

Ausschuß war man nach Empfang dieser Befürchtung zu dem Beschlusse gelom-

men, bei so gänzlicher Ausfütur dem Erfolgsleidet dem Landtage von dem

beabsichtigten Eingehen auf die politische Lage des Landes abzuwarten. Die

Herren Kammerherr v. d. Deden, Ober-Appellationsrat v. d. Wense, Ober-

Gerichts-Rector v. Müller und Schätzath v. Bothmer widerprachen entschieden,

namentlich wollte Bothmer im Gegenfalle zu den Annexions-Adressen

einen bestimmten Ausspruch der Landshaft, und hielt es auch für gereichen,

den König von Preußen um eine das Gewissen der bedrängten Beamten scha-

nende Form des demokratischen Eides anzuhören. Für den Antrag des Colleges

erklärten sich Schätzath v. Melzing und Bürgermeister v. Bülow, ohne jedoch

zu verbrechen, daß sie die Erhaltung der Selbstständigkeit Hannovers lieber

geieben hätten: alle Bemühungen in dieser Richtung würden aber doch frucht-

los bleiben. Der Antrag des Colleges wurde darauf von der Mehrheit an-

genommen und die Versammlung bewilligte nur noch aus ihrem Mitteln

1500 Thlr. für die Langensalza verwundeten Hannoveraner und für die

Hinterbliebenen der Gefallenen. Ich hörte vorgestern, daß auch andere Land-

shaften, namentlich die Kalenberg'sche, alsbald zusammentreten sollten. Nach

diesem Auszange wird man wahrscheinlich auf die Bevölkerung lieber ver-

zichten.“ (K. B.)

Meiningen, 24. August. [Die Politik der Regierung.]

Unser „Regierungsbatt“ hat heute sein Schweigen über die Politik

der Regierung gebrochen und läßt sich also vernnehmen: „Aus sicher-

re Quelle können wir die Mithellung machen, daß Sr. Exzess der Herzog zugleich mit dem Ausscheiden aus dem Bunde seine Bereitwillig-

keit zum Eintritt in das norddeutsche Bündnis erklärt, daß darüber

zeitiger vertrauliche Besprechungen stattgefunden haben, nunmehr aber in

den ersten Tagen die offiziellen Verhandlungen ihren Anfang nehmen

werden.“ Diese halböffentliche Kundgebung ist durchaus nicht geeignet,

die in allen öffentlichen Blättern schon mehrfach besprochene Situation

aufzuklären. Als die ersten preußischen Truppen hier einrückten, war

man auf die Okkupation des Landes gefaßt. Kaum hatte jedoch ein

zu sein? — Gut, gut, Herr Legationsrath, o ich habe ja selbst einen Mund!“

Wie eifige Lust wehten Göthe diese Worte an, und nun, die Hände auf den Rücken legend, das Haupt hochauf richtend, sprach er mit der Miene eines im Dienst ergrauten Beamten: „Ich habe die Ehre Ew. Durchlaucht, erinnern zu dürfen, daß die gewünschte Aushebung des Friz Große der von Ew. Durchlaucht eingesetzten Recruitungs Commission anheimzugeben ist. Sobald besagtes Individuum das nötige Alter erreicht hat, wird die Commission, der anzugehören ich selbst die Ehre habe, ihre Pflicht thun. Doch jedes Vorgerufen in diesem Falle wäre ein Verlust gegen das Geheb, was ich die Ehre habe, meinem gnädigsten Herrn unterthänig zu bemerkern.“

Wäre plötzlich ein mächtiger Feind aus der Erde gewachsen, der Herzog hätte nicht grimmiger dreinsehen können. Den breitkämpfigen Hut vom Kopfe reißend, sich mit der Linken durch das blonde Haar fahrend, so schritt er im Eschengang auf und nieder. „Und haben Sie denn gar kein Mitleid mit der Wirthin, die endlich Ruhe in's Haus haben will?“

„Durchlaucht, ich gehöre jener Commission an, die unter dem Ge-

ses steht.“

„Eher Göthe — der Ton seiner Stimme war wieder wärmer — Du wirst mir doch gefällig sein? Du weißt ja, ich bin ein großer Freund von stolzen Soldaten, meine Leib-Compagnie kann Verstärkung gebrauchen — mein Himmel, eine einzige Ausnahme wirft doch nicht gleich das ganze Gesetz über den Haufen!“

„Wie gesagt, ich kann und darf dem Wunsche Ew. Durchlaucht kein Gehör geben.“

„Philistersee!“ brach da der Herzog los und ballte die Hände. „Meinen Sie den Rest von Werther's Leiden aus Ihrer Brust, der noch drin ist! Wenn die beiden morgen ein Paar würden und Sie bei den Neuwahlstern Kaffee trinken könnten, ja ja, so wär's Ihnen schon recht. Commission und Gesetz, und Gesetz und Commission — zum Henker mit den alten Schändrian! — Ich frag' noch einmal: Wollen Sie den Friz Große ausheben lassen oder nicht?“

„Wenn ich es thäte, würd' ich dem Urteil der Landespolizei an-

heimfallen.“

„Gut, Herr Legationsrath, abgemacht. Sprechen wir nicht weiter darüber. — Der Bursche wird am Montag nach Weimar transportiert, die Wirthin soll Ruhe haben. Und den mögt' ich sehn, der Einspruch erhebt — ich bin Herzog!“

Darauf sagte der Dichter nicht ein einziges Wort mehr. Eine Weile blieb es still. Dann fragte Göthe: „Gefallen der gnädigste Herr, daß ich meine Promenade fortsetzen darf?“ Und nachdem der Fürst gewinkt, entfernte er sich schnellen Schrittes, mit zusammengezogenen Brauen und tief seufzend.

Er schlug einen Seitenpfad ein. Sein Herz erbebte vor Zorn und Traurigkeit, er hätte laut aufweinen mögen.

O schreckliches Erwachen aus schönstem Traum! Ja nichts weiter

höherer preußischer Offizier sich dem Herzoge vorgestellt und eine Unterredung mit demselben geflossen, so war Alles in bester Ordnung. Der Bundestagsgesandte wurde abberufen, daß Militär von Mainz zurückbeordert, der Eintritt in den norddeutschen Bund zugesagt, und — die Preußen zogen wieder ab. Noch war aber über das Schicksal des Herzogthums nicht entschieden; es gingen Missionen nach Noltsburg und Berlin. Nach der Rückkehr aus dem Hauptquartier wurde nun in in Berlin die Verhandlung ernstlich in Angriff genommen. Der Erbiryng und der frische Minister, damalige Regimentskommandeur v. Buch, wollten den Herzog, der an den König ein Handschreiben gerichtet, dort vertreten. War nun dies schon ganz gut, so trat aber seitens des preußischen Ministeriums ein gewichtiges Bedenken hervor. Man erklärte, mit der Regierung bezüglich dem verantwortlichen Minister, nicht aber mit dem herzoglichen Militärcorpskommando unterhandeln zu können. Als bald wurde der Kommandeur Minister! So ist es nun verständlich, wenn das „Regierungsbatt“ behauptet, daß die seitherigen Verhandlungen „vertraulich“ waren und die offiziellen ist erst beginnen sollen.

Eisfeld, 26. August. [Resolutionen.] Heute fand hier eine Versammlung meininger Abgeordneten und Vertrauenmänner statt, in welcher folgende Resolutionen gefaßt wurden:

1) Der Ausßluß Oesterreichs aus dem deutschen Bund und Preußens überwiegende Machstellung in Deutschland ist durch das Schicksal des Kriegs entschieden. Aber nur auf dem Boden einer verfassungsmäßigen Freiheit wird die preußische Macht fruchtbringend Wurzel schlagen können.

2) Ein auf Norddeutschland beschränkter Bund kann für die deutsche Gesamtverfassung nur der Anfang, nicht das Endziel sein. Nur eine feste Einigung des gekommenen deutschen Volkes des Südens und Norden, auf Grundlage der deutschen Reichsverfassung, also Einheit in einem gegliederten Gesamtburg deutlicher Staaten, wird den Frieden dauernd wieder herstellen.

3) Die Specialinteressen Meiningens sind und waren keine anderen, als die der übrigen württembergischen Staaten. Deshalb hat es im Lande allgemeine Misstrümmer erzeugt, als die b. Staatsregierung in einer die Existenz des Herzogthums betreffenden Krisis, ohne öffentliche Rechtfertigung der Gründe und ohne Beirat des Landtages, sich an Oesterreich und seine Bundesgenossen angeschlossen und damit einen Sonderweg betrat, welcher den Staat in einen gefährlichen Zustand brachte. Wir erwarten, daß die Folgen dieses vom Lande nicht verschuldeten Zustandes das Land selbst auch nicht treffen.

4) Neue Schwankungen und Rügerungen werden unserer Lage nur neue Nachtheile bringen. Die Verbesserung droht daher auf einen raschen Ausschluß an den norddeutschen Bund, und wenn wir auch entschlossen die Integrität des Herzogthums befürworten, so wird das Land doch eher seine Selbstständigkeit, als seine Verbindung mit Norddeutschland aufgeben. Wir erwarten, daß mit den bevorstehenden Verhandlungen, unter Beibehaltung der für das Land so unbilligen und ohne ministerielle Verantwortlichkeit wirksamen Einflüsse nur Männer betraut werden, welche durch verfassungsmäßige Verantwortung und durch Charakter Gewähr bieten, aufsichtig für das Interesse des Landes zu handeln. Zugleich erwarten wir, daß mit der in der äußeren Lage des Landes eintretenden Veränderung, auch im Innern eine freieheitliche Entwicklung angestrebt, insbesondere die reactionären Bündese-

gese über Preußen und Vereinswesen aufgehoben werden. (Voltsz.)

Dresden, 27. August. [In Bezug auf die für die neuen Befreiungsarbeiten gesuchten Arbeiter] Kann das, Dresden, Vorausmittheilen, daß bei dem für die Befreiungen bestellten königlich sächsischen Commissar, Herr Geb. Finanzrat von Notitz, Wallwitz (wieder gut Abreibung einer größern Waldfläche vom 28. August an, gegen 1000 Arbeiter täglich anzulegen hat) bis heute Mittag sich so viele angemeldet haben, daß morgen mehr als 1000 antreten werden, wodurch in Ingolstädter Bureau des sächsisch-schlesischen Bahnhofs, woselbst die Anmeldung der von der königlichen Landes-Commission aufgerufenen Schanzarbeiter zu erfolgen hat, ebenfalls fortwährend ein starker Andrang von Arbeitern wahrgenommen ist. Zur Be- seitigung etwaiger Misströmmer mag noch bemerkt sein, daß anständige Unternehmer bei diesen Bauten durchaus nicht ausgeschlossen werden sollen.

○ Dresden, 27. August. [Die sächsische Armee.] Die Errichtung neuer Schanzen und die Säuberung der aus Böhmen angefragten Truppen-Transporte bis zum 3. September giebt heut unseren Dresdenern wieder zu allerhand Combinationen Anlaß. Die Faseleren politischer Kanngießer ignorieren, will ich nur erwähnen, welche Ansichten und Meinungen in urheilsschägiger Kreisen circuliren. Die sächsische Armee, die als Glied der österreichischen Nordarmee in den Waffenland eingeschlossen war und dementsprechend die vorgezeichnete Demarcationslinie innzuhalten hatte, soll sich bis dicht an die preußischen Linien vorbewegen haben, um den Preußen auf dem Fuß zu folgen. Der Krie-

densschluß mit Oesterreich würde indeß der sächsischen Armee immer noch keine Freiheit der Bewegung gestatten, so lange mit Sachsen selbst kein Friede abgeschlossen ist. Da nun aber die sächsische Armee auf eigene Hand ihre Vorwärtsbewegungen macht, so glaubt man, daß in Folge dieses Umstandes der Rücktransport preußischer Truppen noch sichtbar werde, um inzwischen den Friedensschluß mit Sachsen abzuwarten oder dieser Eigenmächtigkeit auf böhmischen Grund und Boden zu begegnen. In Bezug auf das künftige Schicksal unserer Armee giebt es zwei Versionen in den oben angeführten Kreisen. Eine hohe Frau soll sehrhaft dafür agitieren, daß auf die Zeit von zwei Tagen sämmtliches preußisches Militär das Gouvernement Dresden räume, damit Johanna ungestört und ungestört seinen feierlichen Einzug mit der „siegreichen“ Armee halten könne. Das klingt nun allerdings etwas sehr naiv. Andererseits glaubt man, daß die sächsischen Truppen bei Pirna Aufstellung nehmen würden, um sich den durchgehenden preußischen Truppen corporeis einreihen zu lassen.

○ Dresden, 28. Aug. [Die Schanzen und die Arbeiter]

Im Dränge des Krieges haben die Dresdener dies Jahr auf ihre weltbekannte Vogelwiese verzichtet; sehr gut wäre es, bliebe dieses Demoralisations-Institut für immer von der Tagesordnung gestrichen. Ein ähnliches Treiben und buntes Durcheinander entzückte sich heut auf dem neußtädter Exerzierplatz, wohin ich mich begab, um zu sehen, in welcher Gegend das Rasten des Waldes befußt Anlegung neuer Schanzen beginnen werde. Tausend Arbeiter mit Axt, Säge, Hacke, Schaufeln u. c. lagerten in Gruppen bunt durcheinander. Signalhörner und Trommelschlag ertönte im nahen Walde, da er als Übungsort für Signalisten und Tambours dient. Bald kamen auch die Alcandriner und Elisabethiner, ihre Exerzier vorzunehmen und wurden von den Arbeitern mit „Hoch“ und „Hurrah die Preußen“ begrüßt. Zahlreiche Schubkarren und Handwagen, mit Speisen und Getränken beladen, fanden sich ein, kurz das Ganze bot ein recht buntes, malerisches Bild.

Statt daß aber die Arbeiter „Hand an die Bäume“ kommandirt wurden, hieß es: „Hand aufmachen, um Geld zu nehmen.“ Und warum? Noch gestern haben sich die städtischen Behörden an den Minister v. Friese in Berlin gewendet, damit er allen Einfluß auf-

biete, die Stadt vor neuen Schanzen zu verschonen. General v. Schack hat gestattet, daß mit dem Beginn des Rastens bis nach eingetroffener Antwort gemarckt werde und um die Arbeiter bei guter Miene zu erhalten, zahlte man ihnen sofort den Tageslohn aus. Nachmittag 5 Uhr sind sie sämmtlich nach dem Theaterplatz bestellt, um weiteren Bescheid zu erhalten, da jedenfalls bis dahin die Antwort aus Berlin eingetroffen ist.

Bei dieser Gelegenheit habe ich gleichzeitig erfahren, weshalb die neuen Schanzen gebaut werden. Ein alter sächsischer Hauptmann a. D., der mich auf meinem Rückweg nach der Altstadt begleitete, war hierüber sehr gut unterrichtet und ich darf wohl die Instruktion begehen, das mir anvertraute wichtige Geheimnis der Deßentlichkeit zu übergeben.

„Schen Sie“, sagte mein Begleiter, sobald unsere Armee hier eingezückt sein wird, beginnt ein Straßenkampf, denn die Bürger werden sich gegen die Preußen erheben und dabei von unseren tapferen Soldaten unterstützt werden. Die Preußen sind nun darauf bedacht sich feste Stellungen zu schaffen, in denen sie eintheils gegen unsere Soldaten gedeckt sind, andern heils die Stadt beschließen können. Einen andern Zweck können diese Schanzen nicht haben.“

Alle meine Gründe vorwachten nicht, diesen Glauben zu erschüttern; als ich ihm aber lässig sagte: „die Preußen werden sich nicht aus der Stadt hinauswerfen lassen, sie haben schon in Böhmen bewiesen, daß sie mehr können, als die Götter, denn die Götter kämpfen mit der Dummlust selbst vergessens, die Preußen aber mit Erfolg“ — da machte mein liebenswürdiger Begleiter „rechts um Kehrt“ und lässig mich meinem Schicksal.

Rendsburg, 26. August. [Beschlagnahme.] Eine für das preußisch-Abgeordnetenhaus bestimmte, hier colportierte Adresse ist vom hiesigen Polizeimeister in einigen vorgefundene Exemplaren mit Beschlag belegt, und es sind die Sammler von Unterschriften in dieser Veranlassung volzielich eitert und vernommen worden. Die Adresse hatte bereits zahlreiche Unterschriften gefunden; nach dem polizeilichen Entschre-

ben als ein Traum war bis zu dieser Stunde sein Leben an der Seite des bösen Freuden gewesen, denn nun erwacht, sah er seinen Glauben an einen edlen, hochstolzen Fürsten zerstört, mußte er einen so überaus schmerzlichen Blick thun! So rief er sich jetzt zu, indem er plötzlich weiter schritt, und der Kopf ward ihm so schwer, er mußte ihn in beide Hände legen. Nicht auf die herzlichen Rosen

ten hat jedoch die sinnreiche Thätigkeit in dieser Beziehung eingestellt werden müssen.

(Alt. M.)

Kiel, 26. Aug. [Parlamentswahlen.] Es ist jetzt an das Oberpräsidium die Weisung ergangen, Vorbereitungen für die Wahlen zum norddeutschen Parlament zu treffen. Holstein wird in sechs, Schleswig in vier Wahlkreise geteilt.

(Alt. M.)

Kassel, 26. Aug. [Wahrscheinliche Abdankung des Kurfürsten.] Wie wir von glaubhafter Seite vernehmen, wird die nunmehr in Aussicht stehende Einverleibung des Kurfürstentums Hessen in Preußen, nicht mehr Kraft des alleinigen Rechtes der Eroberung erfolgen, sondern auf der noch in letzter Stunde stattgefundenen Verzichtserklärung des Kurfürsten auf die Regierung, bzw. Abdankung derselben zu Gunsten Preußens, geschehen. Welche Gewährleistungen demselben gegenüber zugesichert worden sind, darüber gehen die Angaben noch auseinander. Nach dem dermaligen Stand der Verhältnisse wird dieses für seine ehemaligen Unterthanen bedeutungslos und kann nur insofern noch einen nachträglichen Werth haben, als es einigen wenigen Beamten als Brücke für ihr Gewissen bei dem demnächst von ihnen zu leistenden Huldigungsschreie dienen wird.

(Wes.-Z.)

Oesterreich.

* * Wien, 27. Aug. [Ministerkrisis. — Friedensmannfest. — Graf Belcredi. — Die Ungarn und Graf Esterhazy.]

Auf die Dementis der hiesigen Offiziösen in Betreff der Ministerkrisis ist nichts zu geben, da ihre Brüder eben die Lage nicht mehr beherrschen. Wir befinden uns in einer Krisis, wo man in den offiziellen Kreisen nicht immer am genauesten unterrichtet ist. Indessen scheint so viel gewiss, daß einerseits die Ministerkrisis noch nicht so bestimmte Formen angenommen hat, als man leicht hinlaufen — daß aber andererseits die Minister den Boden so stark unter ihren Füßen wanken fühlen, um unter Aufgebot aller Kräfte sich selber möglich zu erhalten, indem sie ihre Portefeuilles durch Preisgebung ihres Programmes retten. Ginge es zwar nach dem Staatsminister, so würde in alter Weise „freie Bahn“ weiter gespielt: Geld liefert ja die Papierfabrik in Neufeld so viel man will; auf Grund des Septemberates kann man zu Neujahr sich wieder eine runde Summe Banknoten octroyieren. — Graf Belcredi erblickt daher nicht das geringste Hindernis, weshalb man nicht die „freie Bahn“ der Willkür da aufnehmen könne, wo man am 17. Juni stehen geblieben. Man läßt die Ungarn lauschen, dann wieder einmal die 17 cisleithanischen Landtage schraken, und regiert natürlich absolut, da auf diesem Wege keine Einigung zu erzielen ist. Aus diesem Traume hat aber denn doch die ungarische Partei den Staatsminister aufgeschreckt. Maslahat hat durchgesetzt, daß im Friedensmanfeste den Völkern eine Art Programm geboten werden soll. Graf Belcredi, der ohne persönliches Vermögen von seinen beiden Ministerien etwa 24,000 fl. bezicht, hat vergebens eingewendet, daß ein Friedensmanifest erst am Platze sei, wenn man sich auch mit Italien vollständig geeinigt; er hat nicht minder vergeblich für das Manifest bloß einige allgemeine Wendungen, wie sie im Kriegsmanifeste und in dem Manfeste nach Königgrätz gestanden, vorgeschlagen. Jetzt flügt er sich indes darauf, daß er in die ungarische Frage nicht dreireden wolle; die Herren möchten da thun, was sie wollten — aber für ihn sei ja auch die Ernennung eines ungarischen Ministeriums kein Anlaß zum Rücktritte, da die Reihe zur Action erst dann an ihn komme, wenn man mit dem pöhlischen Landtage wirklich einig geworden und nummehr das Resultat den „loyalen Vertretern“ der Einzelnen vorgelegt werden solle. Somit meint Graf Belcredi für die neue Combination jedenfalls zu hoffen — und bis zur Lösung der ungarischen Frage kann es leicht heißen: „kommt Zeit, kommt Rath.“ Prinzipiell hat interessant ein Staatsmann dem Federalismus natürlich den Rücken gekrümmt, der die Einsetzung eines ungarischen Ministeriums und die Annexion Croatiens an Ungarn vor Erledigung der staatsrechtlichen Frage zugiebt. Das ist die Form, in der sich die Ministerkrisis, oder Programmkrisis, wie Sie es nennen wollen, abspielt. In freiheitlicher Beziehung ist es übrigens ganz gleichgültig, ob der Staatsminister bleibt oder geht. Die Ungarn können, wenn überhaupt, ihren Willen nur dadurch erlangen, daß sie sich hinter den Grafen Esterhazy stecken, der also jedenfalls die Seele der neuen Regierung wird. Mörös Esterhazy aber ist der eigentliche Genius jener ultramontanen und feudalen, deutsch- und bürgerfeindlichen Befreiungen, welche Österreich lieber an die finsternsten mittelalterlichen Mächte überließ und die Civilisation den naturwüchsigen Stämmen der Monarchie aufzufordern, als die leichtere in parlamentarische Bahnen einlenken lassen will.

Triest, 27. Aug. Das Verbot, die Ausfuhr von Wictualien nach Venetien betreffend, wurde aufgehoben. — Die Kaiserin Charlotte von Mexico reist heute von Mailand ab und kommt nächster Tage nach Miramare.

△△ Brünn, 27. August. [Die Adresse an den Gemeindeausschuß. — Abmarsch der preußischen Truppen.] Am 24. d. M. fand hier in der Lesehalle eine zahlreich besuchte Bürgerversammlung statt. Man kam dort überein, an den hiesigen Gemeindeausschuss eine Dankadresse zu richten, deren Entwurf alsbald vorgelegt und von der Versammlung genehmigt wurde. In dieser Adresse heißt es unter Anderem:

Niemals aber hat sich auch das Vertrauen besser bewährt, welches die Bürger Brünns in ihre Gemeindevertretung setzten, als in diesen letzten Wochen, seit schwerer Opfer und vielfacher Verantwortung. Nicht der Worte bedarf es, um die Verdienste zu nennen, welche sich unser verehrter Herr Bürgermeister als Abgeordneter und Gemeindevertreter seit Jahren, als Oberhaupt dieser Stadt in den letzten Wochen, für alle Zukunft im reichsten Maße erworben. Noch lebt ganz frisch die Erinnerung der jüngsten Vergangenheit, die Anschauung der Gegenwart in uns, und das dankbare Andenken an unsere Herrn Bürgermeister wird gewiß auch in späteren Generationen fortleben. Um für immer ein dauerndes Erinnerungszeichen zu stiften an die denkwürdigen letzten Wochen und an den verehrten Mann, der gegenwärtig an der Spitze der Gemeinde steht, haben wir unsern Herrn Bürgermeister um die Gestaltung gebeten, sein Bild von Künstlerhand ausführen zu lassen, und erlauben uns nun, an den verehrten Gemeindeausschuß die weitere Bitte, daß die Ausführung dieses Bildes im Gemeinde-Sitzungssaale der Landeshauptstadt Brünn für ewige Zeiten beschlossen werde.“

Gegenüber den fortgesetzten hämischen Anfeindungen wiener Blätter gegen Dr. Götsch wird Legester in der ehrenden Anerkennung seiner Wiener Bürger voll Satisfaktion finden können. Täglich erwartet man den Befehl zum Abmarsch der preußischen Truppen. Wie man hört, werden die Armeecorps, deren Heimath vom Kriegschauplatz am weitesten entfernt ist, möglichst mit Benutzung der Eisenbahnen dirigirt werden, während die anderen Armeecorps marschiren. Zum Einmarsch in preußisches Gebiet sind dem Vernehmen nach drei verschiedene Linien in Aussicht genommen. So lange die preußischen Truppen auf österreichischem Gebiet sich befinden, findet deren Verpflegung aus österreichischen Magazinen statt. Sofort nach Abrücken der Preußen werden die österreichischen Truppen in ihre Garnisonen wieder einkommen. Wie man hört, sollen bezüglich der Garnisonierung der österreichischen Truppen umfangreiche Veränderungen vorgenommen werden.

Italien.

Florenz, 23. Aug. [Zu den Friedensunterhandlungen.] Schreibt man dem „Journal des Debats“ von hier Folgendes:

„Die Unterhandlungen Betrifft der Cession Venetiens sind beendet. Es bleibt nur noch der Abschluß des eigentlichen Friedens übrig, über welchen nach dem austäuschlichen Wunsche des Kaisers Franz Joseph in Wien verhandelt werden soll. Österreich scheint sich mit Italien vollständig

aussöhnen zu wollen. Dieses geht nicht allein aus den Berichten hervor, welche man hier aus Wien erhalten, sondern auch aus dem Auftreten der österreichischen Delegationen, wie und wo sie mit den Italienern in Verhandlung kommen. Diese Beziehungen scheinen sogar freundschaftlich werden zu sollen. Die Gefangenen sind bereits ausgewechselt und es wird allgemein anerkannt, daß die italienischen Gefangenen sich über ihre Behandlung nicht zu beklagen haben. Es liegt sogar ein offizieller Bericht von zwei garibaldischen Kommissarien vor, die sich in höchst günstigen Ausdrücken über die Art und Weise, wie man ihre Gefangenen behandelt hat, aussprechen. Noch vor gar nicht so langer Zeit würde man sich gefühlt haben, sich so aufrichtig zu erweisen; es ist klar, daß die Stimmung sich auf beiden Seiten äußerst rasch modifizirt. Die zwei Fragen, welche in Wien zur Lösung kommen, betreffen die Grenzabstechung und die finanzielle Seite der Angelegenheit. Die erste wird keine großen Schwierigkeiten darbieten; die Italiener haben den Trentino drangegeben und Österreich weigert sich nicht, eine Grenze zu bewilligen, die beiden Theile Sicherheit gewährt; es scheint sogar genugt zu sein, die Grenzlinie oberhalb Riva herzugeben zu lassen, so daß der Gardasee den Italienern vollständig angehört. Die Geldfrage wird die schwierigste sein. Österreich hat eine ganz respectable Rechnung gemacht: spezielle venezianische Schulden, verhältnismäßigen Anteil an der Schulden des Kaiserreiches, Wert des Materials der festen Plätze. Einige Hundert Millionen kommen dabei heraus. Italien hat natürlich keine sehr große Lust, sein Budget damit zu belasten, es muß aber doch etwas bezahlen. Es heißt, man werde seine Zuflucht zu einem Schiedsgerichte nehmen. Es wäre jedenfalls daschläufig, denn wenn man sich nicht schnell einigt, so wird man für Unterhaltung der Truppen bald mehr verausgabt haben, als die streitige Summe beträgt. Jedenfalls wird man Alles schnell abzumachen suchen. Die öffentliche Meinung ist für den Frieden, und sie wird um so nachsichtiger mit den Unterhändlern sein, je schneller dieselben ihr Werk bereitet haben. Wenn man in Wien so aufrichtig ist, wie hier, so wird der Friede bald abgeschlossen sein und lange dauern. Man hat hier vielleicht bemerkt, daß alle ministeriellen Blätter zu gleicher Zeit die Nachricht betreffe der Wiederaufnahme der Unterhandlungen mit Rom dementierten. Die Absichten der italienischen Regierung in dieser Hinsicht sind leicht zu erkennen. Dieselbe glaubt, daß nichts zu machen ist und man Alles der Zeit anheben möge. Nach dem Abzug der Franzosen aus Rom wird sie die Convention ausführen und nicht allein jeden äußeren Angriff gegen das päpstliche Territorium verhindern, sondern auch ihren Einfluß aufzuzeigen, damit in Rom kein Aufstand ausbreche. Das römische Comite soll in Pejterem die italienische Regierung unterstützen wollen, und es wird, wenn die Stimmung so bleibt, wie sie jetzt ist, nicht die geringste Störung der Ruhe zu befürchten sein.“

Der „A. Z.“ macht man dagegen folgende Mittheilung: Das der Kaiser Franz Joseph, wie es heißt, selbst den Wunsch ausgesprochen habe, General Menabrea möge nach Wien kommen, will ich nicht verbürgen; wenn aber der Beginn der directen Unterhandlungen mit Österreich sich verzögert hat, so kamen die Schwierigkeiten jedenfalls eher von Paris, als von Wien. Volles Vertrauen auf den guten Willen Österreichs hegt man indeß noch keineswegs; man wird sich daher von Frankreich die Zusage geben lassen, daß für Venetien und die Festungen, abgesehen von der Uebernahme eines Schuldentheils, keinerlei Zahlungen zu leisten seien. Mit Preußen steht man fortwährend auf dem besten Fuße, wie ich Ihnen, gewissen Zeitungsausschreibungen gegenüber, schon mehrfach versichert habe. Graf Bismarck scheint die Verbindung mit Italien auch für die Zukunft als Factor in seine Rechnung aufzunehmen, denn er versichert die Regierung seiner dauernden Freundschaft für Italien. Unter den Freiwilligen herrscht große Verstimmung, jedoch ist es zweifellos, daß sie ruhig auseinander gehen werden.

[Zur römischen Frage.] Als nothwendige Vorbedingung jeder neuen Unterhandlung mit Rom — schreibt man der „A. Z.“ — betrachtet Nicasoli den vollständigen Abzug der Franzosen, und in diesem Punkte stimmen alle italienischen Staatsmänner mit ihm überein, Lamarmora nicht ausgeschlossen. Frankreich möchte natürlich lieber sehen, daß schon vor dem 11. Dezember bestimmtre Beziehungen zwischen Florenz und Rom hergestellt würden, aber es erhält auf dergleichen Anerkennungen nur die Antwort, daß Italien sich streng an die September-Convention halten werde, welche für die Sicherheit des römischen Stuhls genügende Bürgschaften biete.

[Ministerielles.] Eine durchgreifende Cabinets-Modification ist, demselben Blatte zufolge, vorläufig nicht zu erwarten. Nach dem Friedensschluß wird wahrscheinlich noch Tacini sein Portefeuille niedergelegen, und dabei dürfte es sein Bewenden haben.

[In Bezug auf das Parlament] ist ebenfalls noch nichts Entscheidendes beschlossen. Daß eine Auflösung der Kammer in nicht allzu langer Zeit bevorsteht, darf man als gewiß annehmen. Es bleibt aber jetzt die Frage offen, ob dem jetzigen Parlamente noch der Friedensvertrag zur Genehmigung vorgelegt werden, oder ob die Auflösung sofort erfolgen soll, um Neuwahlen im ganzen Königreiche, einschließlich Venetiens, auszuschreiben. Die erstere Eventualität ist wahrscheinlicher, da man Venetien nicht als eine neue Erwerbung, sondern als von Anfang an zu Italien gehörend, auffaßt.

[Boggio.] Gestern, schreibt man der „A. Z.“, fand hier auf Veranlassung der Municipalität in der Kirche Corpus domini ein feierliches Requiem für den mit dem „Re d’Italia“ untergegangenen Deputirten Pier Carlo Boggio statt, welchem die Giunta in corpore, viele Municipalräthe und zahlreiche Deputationen bewohnten. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, daß die in der Wiener „Abendpost“ erschienenen drei Briefe Boggio’s, die angeblich von einem österreichischen Schiff aufgesichtet wurden, und deren einer, an den Marineminister Deputir, gerichtet, viele Lobeserhebungen für Persano enthielt, hier für untergeschoben gehalten werden, und zwar um den Admiral vor den Augen des Publikums sowohl, als seiner Richter weniger compromittirt erscheinen zu lassen, und so auf den Gang des Prozesses einzutreten. Das Mittel ist schlecht gewählt, und hat nicht verfehlt, die Gerechtigkeit gegen die Schuldigen von Lissa noch zu vermehren.

Frankreich.

* Paris, 26. Aug. [Eine europäische Conföderation.] Das „Journal des Debats“ enthält heute einen längeren Artikel, der an das vier Wochen vor dem Ausbruch des Krieges erschienene Buch Henri Martin’s (La Russie et l’Europe) anknüpft, für die Idee einer europäischen Conföderation eintritt, an der Frankreich, Italien, England und das preußische Deutschland Theil nehmen würden. Henri Martin hatte die Constitution Europa’s in einem Staatenbunde gewünscht, der sich außerhalb Europas und gegen dasselbe bilden sollte, und zu diesem Zwecke es für nothwendig erachtet, daß sich Deutschland neu constituirte und sich zugleich mit Frankreich verschönne. Letzteres schien dem sonst so wenig besangenen Geschichtsschreiber aber nur dann möglich, wenn Frankreich seine Grenzen bis zum Rheine ausdehne! Die „Debats“ scheinen in letzter Hinsicht die chauvinistischen Ideen Martin’s nicht, zum Wenigsten heute nicht, zu teilen, sondern meinen, daß die beiden Nachbarländer gegenseitig nichts zu befürchten hätten, wenn beide freie Regierungsformen annehmen wollten. In freien Ländern werde Alles offen verhandelt, die Nachbarn seien deshalb von Überraschungen sicher gestellt und brauchten keine geheimen Rüstungen zu befürchten. Selbstverständlich wünschen die „Debats“ auch, daß Frankreich in dieser Beziehung mit dem guten Beispiel vorausgehe und Deutschland die Bahn der Freiheit vorzeige. Bei ihrem Plane seien die „Debats“ voraus, daß Preußen seine Macht auch über Süddeutschland ausdehne, und zuletzt in Deutschland aufgehe, wie Piemont in Italien.

„Auf welche Weise“ — so meinen dann die „Debats“ schließlich — „diese Revolution auch vor sich gehen mag, nach ihrer Vollendung wird West-Europa von vier großen Ländern repräsentirt sein, die zu verschiedenen Zeiten und auf verschieden Weise ihre Revolution gemacht und ihren Nationalwillen an Stelle des „bon plaisir“ der Fürsten zur Geltung gebracht haben werden. Diese Länder sind England, Italien, Frankreich und das preußische Deutsch-

land. Durch diese Analogie unter einander gehängt, aus welcher für sie eine gewisse Solidarität für die Verteidigung gewisser Fortschritte, gewisser Interessen, gewisser gemeinschaftlicher Prinzipien entspringt, werden diese vier Länder nahe daran sein, eine Art von west-europäischer Conföderation zu bilden. Dieses werde die h. Allianz von 1815 ersetzen, dieser Pact des östlichen Europa’s, welchen der letzte Krieg vollständig vernichtet hat. Fügen wir noch hinzu, daß die neue Politik ihre Perspective vergrißern muß, weil der Saumpfad sich ungeheuer erweitert hat, seit sich im Osten und Westen Europa’s mächtige Nationen gebildet haben. Wenn die Europäer dieses unterlassen, so würden sie in den nämlichen Fehler verfallen, wie die Alten, in deren Augen ihr kleiner Erdteil das ganze Weltall war. Es ist nicht mehr an der Zeit, sich feindlich entgegen zu treten oder auch nur isolirt zu bleiben, wenn Europa sich zwischen zwei neuen Welten befindet, die sich die Hand reichen, sich mit Begeisterung begrüßen und sich auf mafioso Weise vertheidern. Das „Journal de St. Petersburg“ sagte vor drei Tagen: „Wenn das europäische Gleichgewicht kein leeres Wort ist, so befindet sich sein Stützpunkt gerade zwischen den Vereinigten Staaten und Russland.“

[Rückkehr der französischen Truppen aus Mexico.] Bereits haben die nach Vera-Cruz bestimmten französischen Transport-Dampfer Befehl erhalten, sich für die ersten Tage des September segelfertig zu halten. Sie werden 5000 Mann zurückführen, und dadurch schmilzt das Besatzungs корпус so zusammen, daß es für einen Marschall keiner angemessenes Commando mehr bildet. Marshall Bazaine kehrt daher ebenfalls jetzt schon zurück, und an seiner Stelle wird der Divisionsgeneral Douay den Oberbefehl in Mexico übernehmen. In Rochedort ist der Dampf-Aviso „Bouvet“ zur Aufnahme des Marschalls bereit in der Ausbildung begriffen.

[Über den Aufenthalt der Kaiserin von Mexico in Paris.] Heißt das „Memorial diplomatique“ noch einige Einzelheiten mit:

Unter den Personen, welche sie hier empfing, befand sich auch hr. Fouïd, der eine zweistündige Conferenz mit derselben gehabt hat. Als dieselbe zu Ende war, soll der französische Finanzminister folgende Worte haben lassen: „Ich erbitte von Ew. Majestät Erlaubnis, mich zurückzuziehen, denn Sie würdet zulest mich in einem höheren Grade überzeugen, als ich es in meiner Stellung eines französischen Finanzministers wünschen könnte.“ Außerdem wurden auch der Staatsminister, der Minister des Neukern, der Marine- und der Kriegsminister von der Kaiserin empfangen. Nach einer längeren Unterredung, welche die Kaiserin Charlotte mit dem Kaiser hatte, sandte sie einen Courier nach Mexico, und beschloß, dessen Rückkehr in Miramare zu erwarten. Die Kaiserin machte am Dienstag in St. Cloud ihrem Abschiedsbesuch, welchen der Kaiser und die Kaiserin am Mittwoch im Grand Hotel erwideren. Diese Zusammenkunft war, wie das „Memorial“ berichtet, eine sehr berührende; beim Abschiede sollen sich die beiden Kaiserinnen umarmt haben. Der Kaiser habe der Kaiserin Charlotte die Hand geküßt. Von Macao, wo die Kaiserin Charlotte die erste Nacht überbrachte, begab sie sich nach Turin und von dort nach Mailand. In Miramare trifft sie erst anfangs nächster Woche ein. Der General und die Generalin Almonte begleiteten die Kaiserin bis Macao; hr. Castillo, der mexicanische Minister des Neukern, geht mit der Kaiserin bis nach Miramare.

Über das definitive Resultat der Mission der Kaiserin von Mexico weiß das „Memorial diplomatique“ nichts zu sagen. Es will nur wissen, daß die Kaiserin sich ihrer Umgebung gegenüber geäußert, daß sie die Strapazen der Reise nicht zu bedauern habe. Uebrigens seien die Unterhandlungen noch nicht beendet, da die Kaiserin Ende Oktober, wo der Kaiser und die Kaiserin der Franzosen aus Biarritz nach Paris zurückkommen würden, hier wieder erwartet werde.

[Vom Hofe.] Die Abreise des kaiserlichen Hofes nach Biarritz soll am 3. oder 5. September erfolgen. Die Gerüchte von einer Verschlommern im Befinden des Kaisers, ja sogar von einer theilweise Lähmung entbehren jeder Begründung. Sein Leiden ist ein hämorrhoidalisches, mit rheumatischen Affectionen verbundenes. Die Sonde soll dem Kaiser unsägliche Schmerzen verursacht haben; sie wurde ihm von einem Arzte angelegt, zu dem er seit langen Jahren ein besonderes Vertrauen hegt, der sich aber schon seit lange nicht mit derartigen Operationen befaßte, und dem daher die hierzu nothige Übung fehlte. Ferner ist der Zustand des Kaisers in Folge der Nachwehen der misslungenen Kur in Vichy ein aufgeregter; es wurde ihm deshalb Ruhe und Schonung empfohlen. Man glaubt, daß die Villegiatur des Hofes in Biarritz in diesem Jahre eine ungewöhnliche Dauer erhalten werde.

[Diplomaticus.] Das „Memorial diplomatique“ ist ermächtigt, die seit der Schlacht von Königgrätz immer neu auftauchenden Gerüchte zu widerlegen, als beabsichtige Fürst Metternich, sich in's Privatleben zurückzuziehen. „Wenn, sagt das Blatt, Seine apostolische Majestät den Fürsten nicht abbürtet (und dieses ist nicht wahrscheinlich), so wird er fortfahren, Österreich am französischen Hofe zu vertreten; das Bedauern, welches die Zeitungen über den Abgang des Fürsten ausdrücken, ist also glücklicherweise ohne Begründung.“ — Über die Reise des Grafen v. Blome gibt das genannte Blatt ebenfalls einige Aufschlüsse. Derselbe war nur nach Frankreich gekommen, um sich nach der Insel Wight zu begeben, wo er die Bäder gebraucht hat. Augenblicklich befindet er sich in Paris, reist aber dieser Tage nach Wien ab. Die Nachricht, der zufolge Graf Blome in Folge der Annexion Hollsteins, seines engeren Vaterlandes, an Preußen aus dem österreichischen Staatsdienste treten werde, ist dem „Memorial“ zufolge vollständig unbegründet. — Heute überreichte Herr Mon dem Kaiser in feierlicher Audienz im Palais zu St. Cloud seine Beglaubigungsschreiben als spanischer Botschafter in Paris. Herr Mon bekleidet jetzt zum drittenmale diese Würde.

[Verschiedenes.] Gestern hat sich der Kaiser durch den italienischen Geladen Ritter Rigra den italienischen Vryler Giovanni Prati vorstellen lassen, der hierher gekommen ist, um zu sehen, was sich für sein Vaterland Trent thun lasse. — Heute erscheint von dem bekannten Senator Marquis de la Rochejaquelin eine Botschaft, worin derselbe einer Allianz zwischen Frankreich und Preußen das Wort redet.

Großbritannien.

E. C. London, 25. Aug. [In den preußischen Annexionen.] Aus Hamburg, Hannover und Frankfurt sind seit einiger Zeit lange Zuschriften an englische Blätter gelangt mit lauten Klagen darüber, daß die preußischen Beamten in den zu annexirenden Ländern angeblich auf die Wünsche des Volkes nicht die mindeste Rücksicht nehmen, daß sie keine Petition um Respectirung der Landesunabhängigkeit nach Berlin abgeben ließen, vielmehr die Unterzeichner und Unterschriftenhalter verfolgten, oder mit Ausweisung bedrohten u. s. w. Eine solche heute in der „Times“ abgedruckte Zuschrift schließt mit dem Wunsch, daß die Preußen und Franzosen einander in die Haare gerathen möchten. — Wenn nun auch „Times“ und „Post“ diesen Beschwerden ihre Spalten öffnen, so haben sie sich doch bisher jedes Commentars darüber enthalten.

[Napoleonische Gelüste.] Es ist nicht uninteressant, daß der in London erscheinende französische „International“, dessen Drucker, wie man sagt, in den Tuilerien seine Rechnungen einreicht, für die Annexion Belgiens an Frankreich redet. In seiner neuesten Nummer ruft er den Flamen und Wallonen zu:

„Habt keine Furcht vor einer politischen Notwendigkeit, die gebieterisch geworden ist, und deutlich auf den Blättern der Zukunft geschrieben steht. Wirklichen Frieden und unerschütterliche Sicherheit werdet Ihr nur finden, wenn Ihr Euch dieser

Der Geschäfts-Verkehr fängt an, sich wieder zu heben, was wohl aus dem vorige Woche hier stattgefundenen Jahrmärkte, der überaus besucht war, hervorging. An diesem Tage hatte der öswiencimer Zug 18 Personenwagen zur Beförderung des Publikums.

** Neuberun, 27. Aug. [Feuer. — Grenzspur. — Handel.] Ein am 26. d. M. in dem österreichischen Grenzdorf Chelmec ausgebrochenes Feuer zerstörte 30 Besitzungen nebst Scheunen in weniger als einer Stunde. Trotz der Grenzspur eilten preußische Spritzen von nah und fern den Unglückslichen zu Hilfe und bescherten das wilde Element auf diesen Herd; der angerichtete Schaden ist freilich auf circa 150,000 Gulden zu veranschlagen. Noch immer ist die Grenze bei Owiencim geschlossen und mit Militär besetzt. Leider liegt Handel und Betrieb seit bereits 4 Monaten ganz darunter, nicht nur aus diesem Grunde, sondern weil der Eisenbahnbetrieb zwischen hier und Myslowitz sich nicht öffnen will. Es wurde im Interesse des allgemeinen Wohls um Wiederaufstellung der Bahnen petitionirt, und dürfen wir uns nach den seitens der Direction gemachten Vorlehrungen der Hoffnung hingeben, daß die Sach zum 1. f. März. zu unserem Wohle entschieden sein wird.

Händel, Gewerbe und Ackerbau.

† Breslau, 29. Aug. [Börse.] Der Charakter der Börse hat sich auch heute in nichts geändert, anhaltende Geschäftsstille bei unveränderten Coursen. Amerikaner etwas höher bezahlt, Fonds vernachlässigt. Dörfler. Creditbanknoten — National-Anleihe 52½% bez., 1860er Poste 60%—½% bez., Banknoten 77½—77 bez. Überschlägische Eisenbahnbilanzen Litt. A. und C. 167½—½% bez. und Old., Freiberg 135% Br., Bützelsbahn 51% Br., Oppeln-Larnowiger 76 Br., Reisse-Brieger — Marischau-Wiener 58%—½% bez. Amerikaner 75%—76½% bez. und Br., Schles. Bankverein 112 Old. Minerva 34 bez., Siles. Rentenbriefe 93 Br., Schles. Pfandbriefe 88% Br., Russisch Papiergeld 74%—½% bez.

Breslau, 29. Aug. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pfd.) unverändert, gef. — Cr., pr. August 41% Thlr. Br., August-September 40% Thlr. Old., September-October und October-November 40% Thlr. bezahlt, November-Dezember 40%—40% Thlr. bezahlt, Dezember-Januar —, Januar-Februar —, April-Mai 41 Thlr. bezahlt.

Weizen (pr. 2000 Pfd.) gef. — Cr., pr. August 59 Thlr. Br.

Gefüre (pr. 2000 Pfd.) gef. — Cr., pr. August 39% Thlr. Br.

Hafet (pr. 2000 Pfd.) gef. — Cr., pr. August 35 Thlr. Br.

Raps (pr. 2000 Pfd.) gef. — Schefel, pr. August 98 Thlr. Br.

Kübbel (pr. 100 Pfd.) seiter, gef. 100 Cr., loco 11% Thlr. Br., pr. August und August-September 11% Thlr. Br., 11% Thlr. Old., September-October, October-November und November-Dezember 11% Thlr. bezahlt, Dezember-Januar 11% Thlr. bezahlt, April-Mai 11% Thlr. Br.

Spiritus wenig verändert, gef. 15,000 Quart, loco 14% Thlr. bezahlt, 14% Thlr. Br., 14% Thlr. Old., pr. August und August-September 14 Thlr. Br., September-October 13½—14—13½ Thlr. bezahlt, October-November 13½ Thlr. Old., November-Dezember 13% Thlr. Br., April-Mai —.

Zink fest, ohne Umsatz. Die Börsen-Commission.

Berlin, 27. Aug. [Biehmarkt.] An Schlachtvieh wurde heute auf biesiger Markt zum Verkauf angeboten:

1158 Stück Rindvieh, Export fand nicht statt und für den biesigen Bedarf waren die Zutrittszettel zu stark an den Markt gekommen, so daß der Markt bei gedrückten Preisen nicht von der Ware geräumt werden konnte; für erste Qualität wurden 16—17 Thlr., zweite 12—14 Thlr. und dritte 8—10 Thlr. per 100 Pfd. Fleischgewicht gewährt;

2540 Stück Schweine; Käufer hatten schon am letzten Markttage für den Bedarf hinreichend Einkäufe gemacht, so daß bei der eingetretenen heißen Witterung nur das Allernötigste beschafft wurde, und da auch nach Hamburg kein Versand ausgeführt wurde, ging der Handel nur matt von Statuen; beste feinste Kernware wurde mit 16—17 Thlr. und ordinäre mit 12—13 Thlr. per 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt;

1591 Stück Schafvieh; das Verkaufsgebot bewegte sich ziemlich lebhaft, jedoch nur zu Mittelpreisen; ganz schwere Kernware war im Verhältniß zu den geringeren Sorten nur schwach vertreten, magere Hammel dagegen in größerem Zutritts am Markt: 50 Pfd. Fleischgewicht von der Kernware galten 7½ Thlr. und 40 Pfd. 8 Thlr.; Bestände blieben nicht;

559 Stück Kalber, von denen die kleineren Ware mehr Begehr und bessere Preise fand, als die größere; die Preise limitierten sich nur mittelmäßig.

Leith, 27. Aug. [Schottische Heringssfischerrei.] Der Fang ist in letzter Woche, einige kleine Stationen an der Südseite vom Murray Firth ausgenommen, fehlgeschlagen. Markt sehr fest, Crown und full Brand 33 bis 34 s., Then 25—26 s erste Kosten.

Eisenbahn-Einnahmen. Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn. Im Monat Juli 1866 wurden 90,462 Thlr. oder 23,588 Thlr. weniger als im Juli 1865 eingenommen. Die Gesamt-Einnahme bis Ende Juli 1866 weist gegen das Vorjahr ein Minus von 28,012 Thlr. auf.

Leipzig-Dresden Eisenbahn. Die Einnahme pro Juli 1866 betrug 90,026 Thlr. und die Einnahme bis Ende Juli d. J. betrug 1,090,907 Thlr. oder 158,633 Thlr. mehr als im Vorjahr.

Eisenbahn-Zeitung.

Neisse. Die großen Vorteile, welche eine die hiesige Festungsstadt Neisse mit Frankenstein resp. Görlitz und mit Krosigk verbindende Eisenbahn auch im militärischen Interesse bietet, hat sich bei den letzten kriegerischen Ereignissen ganz besonders gezeigt; die Truppenbewegungen und der damit verbundene Transportverkehr hätte noch schneller und sicherer in Ausführung kommen können. Es ist darum auch sicher, daß die Ausführung dieses Bahnprojekts vom Staate noch mehr als früher begünstigt werden wird. Die Männer, die an die Spize des lediglich durch den Krieg gestörten Unternehmens sich gestellt haben, sind schon jetzt wieder bedacht, daß sie nach Eintreten des Friedens mit verstärkten Mitteln aufzunehmen und kräftig zu fördern und zu Ende zu führen. Für unsere Stadt ist diese neue Bahnlinie vor doppelter Wichtigkeit, denn es wird nicht nur der Verkehr dadurch bedeutend gewinnen, sondern in Folge der Anlage eines Centralbahnhofes innerhalb der Festungswälle wird die Befestigung eines großen Teils des Hauptwalles und in Folge dessen die längst ersehnte Erweiterung der Stadt möglich.

Siebenbürgische Eisenbahn. Die „Bresse“ vernimmt, daß die Concessionierung der Linie Arad-Alvinci mit der Zweigbahn nach Karlsburg definitiv an das Consoritum Chotek-Haber erfolgt ist. Die Geldbeschaffung zum Baue soll zum dritten Theil durch Ausgabe von Actien, zu zwei Dritteln durch Ausgabe von Prioritäts-Obligationen erfolgen. Über die Modalitäten der Geldbeschaffung behält sich die österreichische Regierung das Recht der Genehmigung vor.

Osterath-Eisen. Köln, 24. August. Der Eröffnungstermin der Bahnstrecke Osterath-Eisen ist noch nicht definitiv festgestellt, wahrscheinlich erfolgt die Eröffnung dieser Bahnstrecke mit dem 1. September.

Bergisch-Märkische Eisenbahn. Arnsberg, 24. August. Trotz der kriegerischen Zeit hat die Verwaltung der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft die Vorarbeiten für den von ihr übernommenen Bau unserer Ruhr-Eisenbahn unausgefeiert betrieben, und die Revision und Fertstellung der Linie von Düsseldorf bis an den Kreis Willich ist gegenwärtig nahezu unvollendet. Es steht jetzt fest, daß die Bahn nach Vollendung der Vorarbeiten sofort auf der ganzen Linie in Angriff genommen und dann möglichst rasch ausgeführt werden wird. (Eisenb.-Btg.)

Köln-Mindener Eisenbahn. Im Juli sind 5,452,090 Cr. Kohlen von den Stationen der Köln-Mindener Eisenbahn nach eigenen und fremden Bahnen zur Beförderung gekommen, gegen den Juni um 317,190 Cr. mehr. Vorzugsweise fällt dieses Plus dem Verbandt nach den norddeutschen Bahnen zu, wo nach der Occupation Hannovers das Verkehrsnetz in seinen alten geregelten Gang zurückkehrte; der Verbandt dahin belief sich auf 829,100 Cr. gegen 603,200 Cr. im Vormonate. Auch der Transport nach der Aachen- und Düsseldorf-Ruhrorter Bahn und der Rheinischen Bahn hat einige Zunahme erfahren. Dagegen ist der Verbandt nach der Main-Weser-Bahn, der im Juni 133,900 Cr. betrug, im Juli in Folge der politischen Situation fast gänzlich ausgefallen, indem er nur 6550 Cr. betrug. Nach der niederländischen Bahn wurden etwa 30,000 Cr. weniger transportiert, als im Juni. Eisenbahn-Projekt. München, 21. August. In Folge Rescripts des königl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten wurde die Detail-Projektierung der Bahnlinie von München an die bairisch-österreichische Landesgrenze bei Simbach angeordnet. (Eisenb.-Btg.)

Vorträge und Berichte.

© Breslau, 28. Aug. [Handwerker-Bund.] Der Gustos der hies. Universitäts-Sternwarte, hr. Dr. A. Günther, erläuterte in seinem

gestrigen Vortrage den Bau unseres gegenwärtigen Sonnensystems nach dessen verschiedenen gearteten Bestandtheilen, den meist in einer Ebene liegenden, der Kreisform sich nähernden Planetenbahnen und den in größtmöglicher Verschiedenheit und Richtung laufenden exzentrischen Kometenbahnen, und zeigte, wie bei so großer Verschiedenheit unermittelbar Bestandtheile sich dem aufmerksam Betrachtenden das Vorhandensein einer Lücke aufdränge, zu deren Erklärung die verschiedenen Vermuthungen aufgestellt worden seien. Der Vortragende besprach hierauf unter anderem die Buffon'sche Hypothese, wonach eine durch den Sturz eines Kometen in die Sonne verursachte Revolution die verbindenden Mittelglieder vernichtet habe, führte die darunter sprechenden Gründe an, die Newton vermochten, als Grund der gegenwärtigen Gestaltung unseres Sonnensystems eben den Plan und Willen eines allweiten Weltköpfers anzunehmen, und schloß mit Hinweisung auf die Laplace'sche Ansicht über Entstehung der Planeten. Hierauf ergriff Mitglied G. Lindner das Wort, um, da Donnerstag kein Vortrag und keine Versammlung stattfände, sogleich die Mitglieder zur Theilnahme an dem Vereins-Spaziergang, dessen Ziel Weidmannshaus in Owiencim sei, einzuladen. Nachdem dann die Sänger des Vereins unter Direction des hrn. Musiklehrer Busse zwei Lieder gesungen hatten, richtete Mitglied Ad. Freyhan einige Worte über zweimäßige Benutzung des Fragestafels an die Mitglieder. Es folgte Beantwortung einiger Fragen, nach deren Erledigung Lit. Krause den Mitgliedern einen neuen Vorrath der Volkschriften von Redakteur Th. Dölsner („die große Bluttaufe“, „die Berliner vor Wien“, „ein Preußenritt“ u. c.), so wie das gleichfalls an der Control noch ausliegende „deutsche Reichsbüchlein“ von G. Balzer in Nordhausen empfohlen.

— [Preußische Verlust-Listen.] Fortsetzung zu Nr. 312, 328, 330, 332, 334, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 349, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 378, 380, 382, 384, 390 d. Ztg.

2. Posensches Infanterie-Regiment Nr. 19.

Bei Lüdingen am 10. Juli.

11. Comp. Hauptm. Rudolph v. Leszczynski aus Stettin. Serg. Eduard Biembiński aus Jarcin, Kr. Plestien. Füs. Karl Günther aus Mianowice, Kr. Schildberg. L. Schuß durch den Kopf. Füs. Stanisław Kulczyk aus Konitzki, Kr. Kurnik. L. Schuß durch den Kopf. Füs. Martin Nowacki aus Boguszyn, Kr. Plestien. L. Schuß durch den Kopf. Füs. Gustav Preuß aus Pfeffendorf, Kr. Liegnitz. L. Schuß durch die Brust. Füs. Martin Frank aus Sowina, Kr. Plestien. L. Schuß durch den Kopf. Füs. Bernhard Wirska aus Dobro, Kr. Adelnau. L. Schuß durch den Kopf. Füs. Magnus Biliken aus Köln a. Rh. L. Schuß durch einen Arm und durch die Brust. Füs. Joh. Brynt aus Wasowo-Pietrowo, Kr. Bult. Bem. Füs. Woyciech Jaszczyk aus Zembrowo, Kr. Adelnau. Füs. Józef Kahlé aus Schmellwitz, Kr. Cottbus. Gef. Peter Kubacki aus Kunica, Kr. Schildberg. Füs. Johann Kowalewski aus Brodnica, Kr. Schrimm. Füs. Anton Klost, aus Przemica, Kr. Schildberg. Füs. Leon Krulowski aus Bortow, Wreden. Füs. Johann Liebig aus Gardowko, Kr. Plestien. Füs. Joseph Marczyk aus Franckino, Kr. Adelnau. Füs. Kazimierz Musielak aus Pawlowic, Kr. Fraustadt. Füs. August Nöldner aus Swidewitz, Kr. Döls. Riefer. Thomas Piszczola aus Borowno, Kr. Schildberg. Füs. Joseph Piaszczola aus Sławn, Kr. Adelnau. Füs. Józef Polomski aus Siedlów, Kr. Schildberg. Füs. Christian Polak aus Gomberk, Kr. Krotoschin. Füs. Woyciech Urbanicki aus Gajewo, Kr. Wreden. Füs. Valentin Walecki aus Tacanow, Kr. Plestien. Füs. Peter Witeczek aus Gr.-Przygodzice, Kr. Adelnau. Bon einem Geschütze überfahren. Füs. Eduard Köhl aus Neustadt a. W., Kr. Plestien. Bem.
12. Comp.: Serg. Adolf Wenzel aus Bergholdsdorf, Kr. Neichenbach. L. Füs. Karl Pitschner aus Kobylin, Kr. Krotoschin. S. v. Schuß durch die rechte Brust. Gestorben am 11. Juli im Lazareth zu Küsingen. Vice-Feldm. Gustav Büschel aus Neubord, Kr. Militär. Schuß durch den rechten Oberarm und am Kinn gestreift. Serg. Hermann Barz aus Pratal, Kr. Wohlau. Bem. Unteroff. August Löwe aus Namslau. Gef. Joseph Woyciechowski aus Grzbowo, Kr. Schrimm. Gef. Karl Kirch aus Zelitow, Kr. Adelnau. Gef. Johann Nagel aus Wolfsgrund, Kr. Habelschwerdt. Füs. Anton Labrydi aus Bojegomo, Kr. Schrimm. Füs. Thomas Banaszkiewicz aus Konarski, Kr. Schrimm. Füs. Thomas Stachowiak aus Nembowo, Kr. Kröben. Füs. Ludwig Kasprzak aus Opatom, Kr. Schildberg. Füs. Stanisław Nawidzki aus Laski, Kr. Schrimm. Füs. Thomas Labrowski aus Mirzstadt, Kr. Schildberg. Füs. Woyciech Pierunkiel aus Lutogniewo, Kr. Krotoschin. Füs. Martin Murawski aus Arzeszkiel, Kr. Krotoschin. Füs. Stephan Kubus aus Lojewo, Kr. Kosten. Gef. Ludwig Stiskal aus Gletzow, Kr. Bem. Ludwig Stiskal aus Gletzow.

4. Oberschlesisches Infanterie-Regiment Nr. 63.

Bei Mühl am 23. Juli.

3. Compagnie: Unteroff. Bernhard Steinberg aus Leissewitz, Kr. Orlau. L. Schuß durch die Brust. Gef. Bruno Weidner aus Glumpingnau, Kr. Neisse. Bem. Must. Friedrich Schubert aus Neisse. Bem. Must. Johann Widerra aus Nalek, Kr. Oppeln. Bem. Must. August Nowak aus Steine, Kr. Breslau. L. v.
4. Compagnie: Must. Anton Lubosch aus Lubekko, Kr. Lubliniz. S. v. Schuß durch die linke Hand. Must. Joseph Wissoli aus Krzianowic, Kr. Rosenberg OS. L. v. Must. Thomas Jaworek aus Miedar, Kr. Beuthen OS. L. v.

Bei Senftenberg am 21. Juli.

9. Compagnie: Füs. Emil Müller aus Breslau. S. v. Schuß durch beide Baderknöchen.

4. Posensches Infanterie-Regiment Nr. 59.

Gefecht bei Lüdingen am 26. Juli.

1. Comp. Serg. Karl Borzyk aus Militsch. L. Gewehrschuß in den Kopf. Serg. August Suchande aus Powiatow, Kr. Trebnitz. L. v. Unteroff. Friedrich Freytag aus Sieratow, Kr. Kröben. S. v. Bem. Brust der rechten Wade durch einen Granatsplitter. Unteroff. Otto Hoffmeister aus Kempen, Kr. Schildberg. S. v. Starze Contusion an beiden Füßen. Gef. Albert Glowaczky aus Sabusz, Kr. Kröben. S. v. Granatsplitter unter dem linken Arm. Must. Theophil Baszynski aus Słupce in Polen. L. Granatsplitter in die linke Brust und in den Hals. Must. Johann Manka aus Iptowice, Kr. Kröben. L. v. Bem. Must. Christian Wieszczyk aus Baszlow, Kr. Kröben. L. v. Must. Johann Greulich aus Schweglow, Kr. Fraustadt. L. v. Must. Ludwig Löbel Majer aus Lissa, Kr. Fraustadt. Bem. Must. Michael Nowak aus Rogaliniec, Kr. Schrimm. L. v. Must. Valentin Kordus aus Stolow, Kr. Krotoschin. L. v.

Bei Zell am 29. Juli.

- Gef. Anton Marcinak aus Bytow, Kr. Fraustadt. S. v. Bei Lüdingen am 26. Juli.

2. Comp.: Unteroff. Joseph Wilprecht aus Kandau, Kr. Fraustadt. L. v. Must. Friedrich Käbler aus Haugfeld, Kr. Krotoschin. L. Schuß durch den Kopf. Must. Mathias Beute aus Schweglow, Kr. Fraustadt. L. v. Must. Martin Morawski aus Jimino, Kr. Schröda. S. v. Schuß in den rechten Oberschenkel. Must. Jos. Piuszinski aus Luschwitz, Kr. Fraustadt. S. v. Schuß ins rechte Handgelenk. Must. Joh. Durdzak aus Bobrowko, Kr. Kröben. S. v. Schuß durch die Lunge. Gef. Franz Xaver Leszczynski aus Gostyn, Kr. Kröben. Preßschuß an den linken Wade. Vice-Feldwebel Hugo Lecklenburg aus Ramitz, Kr. Kröben. L. Gewehrschuß in die Stirn. Serg. Lucas Sliwinski aus Lissa, Kr. Fraustadt. S. v. Gewehrschuß in den Unterleib. Must. Matthias Wulffel aus Zawodz, Kr. Kröben. L. Schuß in die Brust. Must. Joh. Friedrich Konzog aus Siedmorgow, Kr. Krotoschin. S. v. Schuß in den linken Unterleib und in die rechte Schulter. Must. Wojciech Uzarek, Heimath unbekannt, da er Uzarek bis jetzt noch nicht per National von dem betr. Landwehr-Bataillon überwiesen worden. L. v. Must. Thomas Bednarek aus Kruczyn, Kr. Plestien. S. v. Schuß in die rechte Schulter. Gefr. Joseph Johann Nieke aus Schwirnerei, Kr. Fraustadt. L. v. Gefr. Karl Mergner aus Fahrzeuge, Kr. Adelnau. L. v.

(Fortsetzung folgt.)

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 29. August. Der „Staats-Anz.“ meldet: Der Erlass vom 29. März, und die späteren Verfügungen, betreffs der Nichttheilung von Entlassungskürzungen, Auslandspassen, Heimathsscheinen an Ersatz- und Reservemänner, sowie an landwehrpflichtige Personen, sind aufgehoben.

Berlin, 29. August. Die Commission für das Reichswahlgesetz nahm einstimmig den Gesetzentwurf mit den Amendements Lette und Zweiten, betreffs der Überschrift und der Redefreiheit, entsprechend dem Verfassungs-Artikel 84, an.

Der Sitzung der Commission für den Militär-Credit wohnten v. d. Heydt und v. Noen bei. Der Antrag Hoverbeck's und Jacoby's auf Aussetzung der Befchlussfassung bis zur Erledigung der Indemnität-Vorlage wird angenommen. Der Minister betont die Notwendigkeit der Anleihe, indem er eine Menge Zahlen über die Kriegskosten (108,400,000) und die vorhandenen Mittel angab. Die Commission beschließt die Metallographirung der Zahlen und verkügt sich bis dahin. (Wolff's L. B.)</p

Die Verlobung unserer Tochter Julius mit dem Herrn Kreis-Corps-Offizier Heinrich Macho zeigen ergeben sich an.

Dr. Junge, Sanit.-Rath.
Julie Junge.

Friedeberg a.D., den 26. August 1866.

Als Verlobte empfehlen sich:

Julie Junge,
Heinrich Macho. [1838]

Die heut erfolgte eheliche Verbindung unserer Tochter Friederike mit dem Kaufmann Simon Nothmann aus Beuthen O/S. beehren wir uns hiermit anzugeben.

Groß-Strehlitz, den 28. August 1866.

Vincus Apt und Frau.

Als Neubermühle empfehlen sich:

[2218] Simon Nothmann.

Friederike Nothmann, geb. Apt.

Entbindungs-Anzeige.

Heute Vormittag 10 Uhr wurde meine liebe Frau Fanny, geb. Jacoby, von einem Mädchen glücklich entbunden. Dies allen Verwandten und Bekannten statt besonderer Meldung zur Nachricht. [2210]

Breslau, den 29. August 1866.

Moritz Jacoby.

Todes-Anzeige.

Am 28. d. M. Abends 10 Uhr, verschied nach kurzen Leiden mein geliebter Mann, der Schlossermeister Christian Hamann. Um stille Theilnahme bitten die trauernde Witwe Christian Hamann nebst 3 Kindern.

Die Beerdigung findet Freitag, den 31. d. Nachmittag 3 Uhr, nach dem neuen Kirchhof zu St. Maria-Magdalena statt. Trauerhaus. Hummerei Nr. 16. [2212]

Nach nur mehrstündigen schweren Leiden verschied heute im Herrn, mit den heiligen Sacramenten versiehen, unsere gute inniggeliebte Frau und Mutter Franziska Stephan geb. Hahn, 43 Jahr alt, welches wir um stille Theilnahme bitten, lieben Verwandten und Bekannten tief betrübt anzeigen.

Breslau, den 28. August 1866.

Emanuel Stephan, als Gatte.

Joseph Stephan} als Kinder.

[2195] Amalie Stephan} Emma Stephan

Todes-Anzeige.

Statt besondere Meldung.

Heute Früh 4 Uhr entschlief ganz sanft zu unserm tiefsten Schmerze, nach kurzen, schweren Leiden unsre liebe, brave Gattin, Schwester, Schwiegertochter und Schwägerin, Emilie Kittel, geb. Maelzer. Liebe Verwandte und Freunde bitten wir um stille Theilnahme.

Breslau, den 29. August 1866.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet künftigen Freitag Nachmittags 5 Uhr auf dem Bernhardin-Kirchhof bei Rothketscham statt.

Gestern verschied nach dreiwöchentlichen Leiden am Gehirnphytus der Primaner Otto Hirsemann im blühenden Alter von 20 Jahren. Wir betrauern in ihm einen pflichtgetreuen, an Geist, Herz und Gemüth gleich ausgezeichneten Mitschüler. [2215]

Breslau, den 29. August 1866.

Die Unter-Primaner des Magdaleneums.

Heute Morgen 1½ Uhr starb im 57. Lebensjahr nach kurzen, aber schweren Leiden an der Cholera Herr Carl Julius Haberling, Restaurateur und ehemaliger Logen-Castellan. Sein ehrenhafter Charakter, seine unerschütterliche Pflichttreue in allen Verhältnissen, seine menschenfreundliche Gestaltung sichern ihm bei Allen, die ihn kannten, schätzten und liebten, ein dauerndes, liebvolles Andenken.

Breslau, den 29. August 1866.

im Namen seiner Freunde:

[2214] Dr. Kampmann,

Prorektor und Professor am Gymnasium

zu St. Elisabeth.

Die Beerdigung wird Freitag, d. 31. August, 9 Uhr, auf dem Neu-Scheitniger Kirchhof stattfinden. Trauerhaus: Schuhbrücke Nr. 2.

Heute Morgen starb nach kurzen Leiden unsre gute, älteste Tochter Elise im Alter von 12½ Jahren. Allen Verwandten und Freunden diese traurige Nachricht mit der Bitte um stille Theilnahme. [2205]

Breslau, den 29. August 1866.

Karl Hönsch nebst Frau.

Todes-Anzeige. [1854]

Nach dreitägigen schweren Leiden starb heute Morgen 7½ Uhr unser guter Alfred, 3 Jahre 8 Monat alt. Die traurige Anzeige widnen allen lieben Freunden und Verwandten tiefschätzend, und bitten um stille Theilnahme.

Reichenbach i. S., den 29. August 1866.

Flasche nebst Frau.

Heute Vormittag 10 Uhr entschlief sanft im Herrn mein väterlicher Freund, der hochwürdige Herr Barrer und emeritierte Kreisschul-Inspector Johannes Galbiers von hier, im Alter von 62 Jahren und 2 Tagen, nach sechsmöglichem Krankenlager am Unterleibphytus, nachdem er zuvor mit den heiligen Sterbesacramenten versiehen worden ist.

Diese Trauernachricht weile ich hier durch tief erschüttert und schmerzfüllt allen seinen Herren Amtsbrüder, Verwandten, Freunden und Bekannten mit und bitte, der Seele des Dabingefüdes dener im Gebete gedenken zu wollen.

Requiescat in pace!

Reichenbach, 28. Aug. 1866.

Johannes Orlitz, Kaplan. [1839]

Todes-Anzeige. [2198]

Nach langen, sehr langen Leidestagen an Geschwulst des rechten Beines, ist mir am 27. d. M. Nachts 12 Uhr, meine vielgeliebte und treute Gattin, Friederike, geb. Cremlin, nach dem Herrn Rathschluß durch den Tod entrissen worden. Sie war durch 31jährige Ehe meine liebvolle und treue Gefährtin des Lebens, viel Trübsal und Kummer hat sie mir tragen helfen, der Herr möge es ihr lohnen und in der Wiederbereinigung ihrer vorangegangenen 10 Kinder die vielen Schmerzen ver-

lassen lassen, die sie hat tragen müssen. Ich aber will klagen mit der Klage 1, 16, und mich freuen, was Offenb. 19, 8 zu meinem Troste geschrieben ist. Dies allen unsern Freunden und Bekannten zur Nachricht und Theilnahme. Beerdigung: Freitag Nachm. 4 Uhr. Trauerhaus: Neuweltgasse Nr. 5.

Zugleich bitte ich um das Wohlwollen und Vertrauen, dessen sich meine liebe Frau stets zu erfreuen gehabt, auf mich geneigt übergeben zu lassen, indem ich nunmehr mit des Herrn Hilfe das Geschäft mit Nachweisung von Dienstboten allein fortführen und alle Aufträge gewissenhaft nach Kräften bewirken werde.

A. Menzel. Bude am Ringe.

Am Stelle besonderer Meldung zeigen wir Freunden und Bekannten in tieffester Trauer hiermit an, daß unser lieber Sohn und Bruder Karl Konke, 25 Jahr alt, Musketier im 4. Niederschl. Infanterie-Regiment Nr. 51, nachdem er alle Gefechte glücklich bestanden, zu Brüssel am 23. August an der Cholera gestorben ist. Uns stille Theilnahme bitten Die tiefbetrübten Hinterbliebenen Elisabeth, verw. Kreischner Knast nebst Familie. [1832] in Minken, Kreis Ohlau.

Heute früh um 2½ Uhr verschied nach kurzen schweren Leiden sanft an Lungenlähmung unsere inniggeliebte Frau, Mutter, Schwester, Schwieger- und Großmutter Agnes Nochfort geborene Milde in dem Alter von 63 Jahren.

Wer die Entschlafene kannte, wird unsren gerechten Schmerz zu würdigen wissen.

Indem wir diese traurige Anzeige allen unsren Freunden und Bekannten widmen, bitten wir um stille Theilnahme.

Creuzburg O/S., den 28. August 1866.

Die Hinterbliebenen.

Verlobungen: Fr. Emma Gratweil mit Hrn. Julius Picardt in Berlin, Fr. Mathilde Böckler mit Hrn. Capitän Werner in Zoppot, Fr. Emilie Krause mit Hrn. Prediger H. Dümpling in Alt-Wriezen, Fr. Auguste Fechner mit Hrn. Hermann Herisch in Freienwalde a. d. O.

Chel. Verbindung: Fr. Heinrich Westphal mit Fr. Auguste Gabrie in Wittstock.

Geburten: Ein Sohn Hrn. S. Friedländer in Berlin, Hrn. Louis Levin dal., Hrn. Theodor Werther dal., eine Tochter Hrn. Dr. F. Hirch in Charlottenburg, Hrn. Kreisgerichtsrath Netter in Crossen, Hrn. Prediger W. Wagner in Callwitz, Hrn. O. Dehnide in Seifersdorf bei Sorau.

Todesfälle: Fr. Auguste Klink in Berlin, Fr. Clara v. Hermendorff dal., Fr. Marie Fangmeyer dal., verw. Marie Jank, geb. Alloch, im 83. Lebensj. in Lübbenau.

Der gerichtliche Aussverkauf

Einen entschiedenen Beweis für die unvergleichlichen Wirkungen des von Seiner königlichen Hoheit dem Kronprinzen von Preußen Höchstselbst mit dem weltgeschichtlichen Namen

Nachod

behrten bitteren Liqueurs, welcher bei Unterleibs- und Magenbeschwerden, vorzüglich gegenüber der

Cholera

ein bereits über den ganzen Continent bekannte Präservativ geworden ist, gibt nachstehendes Telegramm.

Seidel u. Co., Ring 27, Rum-, Sprit- u. Liqueur-Fabrikanten.

Telegraphische Depesche aus Lundenburg.

Herren Seidel u. Co., Breslau.

Für Cholera-kranke dringend nötig 100 Flaschen „Nachod“ schleunigst. Wirkung aus-

[1845] gezeichnet, sehr empfehlenswerth. Brief folgt, bitte nach Lundenburg sofort zu dirigiren.

Dr. Kletke, Feld-Lazarett-Inspector.

Stein doppelt Königgräzer Kräuter-Liqueur.

Zu Ehren der glorreichen Schlacht von Königgrätz haben wir aus den besten Kräutern einen feinen wohlgeschmeckenden Liqueur fabrikt und verkaufen denselben wie auch nachstehende Niederlagen in Original-Flaschen à 10 Sgr. unter obigem Namen.

Otto Unger & Sohn,

Num., Sprit- und Liqueur-Fabrik, Friedrich-Wilhelmstr. 2 e.

[1784]

Niederlagen haben:

Herr A. Müller, Nicolaistraße 45.

" Jos. Habel, Friedrich-Wilhelmstr. 71.

" F. Wurl, Berlinerstraße.

" F. A. Wolffsdorf, Gräbschenerstraße 25.

" Rudolph, Neue Lauenziestr. 20.

" Rob. Reichel, Schmiedebrücke 34.

Herr G. Lehmann, Lauenziestr. 20.

" Rudolph Schlegel, Vorwerkstraße 13.

" Ed. Groß, Neumarkt 42.

" Moritz Dörr, Bahnhofstraße 7.

" Julius Freund, Klosterstraße.

" Herrmann Stelzer, Gartenstraße.

Lokal-Veränderung.

Unser Eisengusswaaren-Geschäft, sowie unsere General-Agentur für Schleifen der Liverpool und London: Feuer- und Lebensversicherungs-Gesellschaft befindet sich jetzt in unserem Hause Kupferschmiedestraße 36, „Zum goldenen Schlüssel.“ [1866]

Bacanen.

Ein Rectorat und zwei Lehrerämter betr. An der heutigen evangelischen Stadtschule sollen angestellt werden:

1. ein Rector, welcher seine Schüler mit Kenntnissen für ihren späteren praktischen Lebenslauf aus, auch für die höheren Klassen eines Gymnasii oder einer Realschule vorbildet; es wird ein Fixum von 500 Thaler gewährt;

2. ein Lehrer, Gehalt 180 Thaler und freie Wohnung;

3. ein Hilfslehrer, Gehalt 180 Thaler und freie Wohnung.

Bewerbungsgeküsse, denen die erforderlichen Qualifikationszeugnisse beigelegt, bitten wir bis zum 15. September d. J. an uns gelangen zu lassen.

Potsdam, den 20. August 1866.

Der Magistrat.

Bekanntmachung. [1674]

Da die Cholera-Epidemie leider fortduert, so haben wir beschlossen, den Monat September d. J. ein neues Abonnement auf regelmäßige Desinfection der hiesigen Häuser durch die hierzu von uns angestellten Mannschaften zu eröffnen.

Der Preis dafür beträgt pro Hof 1 Thlr. Wir nehmen an, daß jeder bisherige Abonnement, welcher nicht das Gegenteil anzeigt, dem neuen Abonnement beitrifft, und werden wir auch diesmal die Beiträge durch unsere Steuer-Erheber einzahlen lassen.

Neue Anmeldungen können in der Dienststube des Rathauses, in dem Bureau der Feuerwehr, Schweißgutstraße Nr. 8, so wie bei den Herren Polizei-Commissionären geschehen.

Breslau, den 29. August 1866.

Der Magistrat

hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung. [1843]

Neue Taschen- und Lauenziestr. Ecke Nr. 72a.

Um schneller zu räumen, empfehle ich aus der Witte'schen Concoursmasse, insbesondere Wiederkäufern, zu herabgesetzten Preisen:

Jamaica-Rum, Arac de Goa, Nordhäuser Korn, Indischen Syrup,

in Original-Fässern

und im Einzelnen,

so wie ferner

Cigarren, Parafin-Kerzen,

Prima Qualität, 4er, 5er, 6er, 8er,

à 5½ Sgr. pro Pack.

bei 10 Pack à 5½ Sgr.,

bei 25 Pack à 5 Sgr.,

In Oberschlesien wird ein Gut von 4—600

Morgen zu kaufen geucht. Selbstverkäufer werden gebeten ihre Offeraten sub A. Z. 90 an die Expedition dieser Zeitung gelangen zu lassen.

Bekanntmachung.

Nach Angabe des Stadt-Zoll-Einnehmers August Neugebauer zu Breslau, Holzplatz Nr. 1c, ist folgender Befehl:

Nr. 5178

Es hat Herr Stadt-Zoll-Einnehmer Neugebauer hier, Holzplatz Nr. 1c, heute von der Preußischen Bank ein Darlehen von Drittanonymen Thalern preuß. Cour. auf einen halben Monat zu 6% jährlichen Zinsen ausbezahlt erhalten und derselbe dafür das umstehend bezeichnete Unterpfand übergeben. Die übrigen dem Geschäft zu Grunde liegenden Bedingungen sind auf der letzten Seite dieses Blattes abgedruckt und haben für beide Theile dieselbe Kraft, als ob sie hier wörtlich aufgenommen wären.

Breslau, den 15. März 1866.

Königl. Bank-Direktorium.

ges. Martin, ges. Blum.

Eingetragen im Lombardbuch Blatt 188, unter Nr. 5178.

ges. Stremeyer.

Eingetragen im Kassenbuch Blatt 231, unter Nr. 5178.

ges. Lebius.

Darlehen mit täglicher Rückzahlung zu 6 p.C. Zinsen Lhr. 3000.

Rückseite

Bezeichnung des Unterpfandes Oberschl. Eisenbahn-Stamm-Aktion Litt. C. ursprünglich 250. Lhr.

Schles. 3½% Pfandbriefe

Lhr. 300.

Schlesische 4% Pfandbriefe

Litt. A. Litt. C.

Lhr. 200. Lhr. 200.

66 Mai 11, zu.

Verloren gegangen.

Alle, welche an diesen Pfandschein als Eigentümer Tressenarien, Pfands oder sonstige Briefs-Inhaber Ansprüche zu haben vermeinen, haben dieselben bei dem unterzeichneten Gericht spätestens in dem

auf den 9. November 1866, Vorm. 11 Uhr,

vor dem Stadtrichter Kinkeldey, im Terminzimmer im 2. Stock anberaumten Termine anzumelden, währendsfalls sie mit ihren Ansprüchen werden ausgeschlossen und der Pfandschein für anorist erklär werden wird. Breslau den 25. Juli 1866.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung.

Konkurs - Eröffnung.

Königl. Stadt-Gericht zu Breslau.

I. Abtheilung. [1677]

Den 23. August 1866, Mittags 12 Uhr.

Über das Vermögen des Kaufmanns und Agenten Nathan Brann hier, Alte Laufenden-Straße Nr. 1, ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 1. Juni 1866

festgesetzt worden.

I. Zum einstweiligen Verwalter der Fasse ist der Kaufmann Einicke, Breitestraße Nr. 39 hier, bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden auf dem 11. Septbr. 1866, Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissarius Stadt-Gerichts-Rath Kötsch, im Berathungs-Zimmer Nr. 20 im 1. Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes

anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

II. Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 22. Septbr. 1866 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Majestät Anzeige zu machen, und Alles mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern.

Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandsätzen nur Anzeige zu machen.

III. Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Fasse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten

Vorrecht bis zum 22. Septbr. 1866 einschließlich, bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Per-

sonals

auf den 9. October 1866, Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissarius Stadt-Gerichts-Rath Kötsch, im Berathungs-Zimmer Nr. 47 im 2. Stock des Stadt-Gerichts-

Gebäudes anberaumt.

Zum Erscheinen in diesem Termine werden die Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen anmelden werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Rechts-Anwälte Petersen, Niederstetter, Taub, Lent zu Sachwältern vorgeschlagen.

Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandsätzen nur Anzeige zu machen.

III. Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Fasse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten

Vorrecht bis zum 20. Septbr. 1866 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Fasse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern.

Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandsätzen nur Anzeige zu machen.

III. Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Fasse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten

Vorrecht bis zum 22. Septbr. 1866 einschließlich, bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Per-

sonals

auf den 3. October 1866, Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissarius, Stadt-Gerichts-Rath Kötsch, im Berathungs-Zimmer Nr. 47 im 2. Stock des Stadt-Gerichts-

Gebäudes anberaumt.

Zum Erscheinen in diesem Termine werden die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Rechts-Anwälte Dr. Gad, Freund, Justizräthe Simon, Horst zu Sachwältern vorgeschlagen.

[1671] Bekanntmachung.

In unser Procurer-Register ist bei Nr. 225 das Erlöschen der dem Buchhalter Julius Nest hier, von dem Kaufmann Hermann Baitsch zu Striegau für die Nr. 1389 des FirmenRegisters eingetragene Firma: Friedrich Barth Söhne in Striegau mit einer Zweigniederlassung hier erhaltenen Procurer heute eingetragen worden.

Breslau, den 22. August 1866.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [1676]Konkurs - Eröffnung.
Königl. Stadt-Gericht zu Breslau.
Abtheilung I.

Den 28. August 1866, Mittags 12 Uhr. Über das Vermögen des Kaufmanns Carl August Menzel, in Bienna: C. A. Menzel hier, Schmiedebrücke Nr. 21, ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 23. Juni 1866 festgesetzt worden.

I. Zum einstweiligen Verwalter der Fasse ist der Kaufmann Leinsz, Leichstraße Nr. 4 hier bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf den 7. September 1866, Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissarius Stadt-Gerichts-Math Schmid, im Berathungs-Zimmer Nr. 20 im ersten Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

II. Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 22. Septbr. 1866 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Majestät Anzeige zu machen, und Alles mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern.

Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandsätzen nur Anzeige zu machen.

III. Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Fasse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten

Vorrecht bis zum 22. Septbr. 1866 einschließlich, bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Per-

sonals

auf den 9. October 1866, Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissarius, Stadt-Gerichts-Rath Kötsch, im Berathungs-Zimmer Nr. 47 im 2. Stock des Stadt-Gerichts-

Gebäudes anberaumt.

Nach Abhaltung dieses Terms wird geeigneterfalls mit der Verhandlung über den Auftrag verfahren werden.

IV. Zugleich ist noch eine zweite Frist zur Anmeldung bis zum 27. October 1866 einschließlich festgesetzt, und zur Prüfung aller innerhalb derselben nach Ablauf der ersten Frist ange meldeten Forderungen ein Termin

auf den 8. November 1866, Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissarius Stadt-Gerichts-Math Schmid, im Berathungs-Zimmer Nr. 47 im 2. Stock des Stadt-Gerichts-

Gebäudes

anberaumt.

Nach Abhaltung dieses Terms wird geeigneterfalls mit der Verhandlung über den Auftrag verfahren werden.

V. Zugleich ist noch eine zweite Frist zur Anmeldung bis zum 27. October 1866 einschließlich festgesetzt, und zur Prüfung aller innerhalb derselben nach Ablauf der ersten Frist ange meldeten Forderungen ein Termin

auf den 8. November 1866, Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissarius Stadt-Gerichts-Rath Kötsch, im Berathungs-Zimmer Nr. 47 im 2. Stock des Stadt-Gerichts-

Gebäudes anberaumt.

Zum Erscheinen in diesem Termine werden die Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen anmelden werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Rechts-Anwälte Petersen, Niederstetter, Taub, Lent zu Sachwältern vorgeschlagen.

[1672] Bekanntmachung.

Bekanntmachung. [1676]

In unser Firmen-Register ist bei Nr. 1475 das Erlöschen der Firma A. Karfunkel hier, heute eingetragen worden.

Breslau, den 23. August 1866.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung

des Termins zur Verhandlung und

Beschlussfassung über den Auftrag.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Robert Wohl, alleinigen Inhabers der Handlung Carl Friedrich Wohl hier bestellt ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Auftrag ein Termin auf den 25. September 1866, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Kommissar im Konsulat-Zimmer.

[1849] S. G. Schwarz, Ohlauerstraße Nr. 21.

Hauslehrer, Gouvernanten, Bonnen, Wirtshäusern finden bald und gute Stellen durch das von Frau Marie v. Riesewista neu errichtete Bureau für Polen und Russland. Adresse: Frau M. v. Riesewista, Kalisz poste restante.

[2216] Hauslehrer, Gouvernanten, Bonnen, Wirtshäusern finden bald und gute Stellen durch das von Frau Marie v. Riesewista neu errichtete Bureau für Polen und Russland. Adresse: Frau M. v. Riesewista, Kalisz poste restante.

[2194] Ein tüchtiger Destillateur, mit einem Ver mögen, wird zum Weiterbetrieb einer guten Destillation in einer größeren Provinzialstadt als Associate baldiglich geführt.

Offerten beliebt man unter B. 8 poste restante Glas franco einzusenden.

[2149] Die Hälfte der 2. Etage ist Michaelis d. J. Rossmarkt Nr. 3 zu vermieten.

Näheres beim Wirth. [2160]

Ein Quartiering wird angenommen Goldene Radegasse Nr. 24 bei Steinert.

[2206]

Oblauer-Straße Nr. 14

ist die 2. Etage, neu renoviert, für 300 Uhr zu vermieten und bald zu beziehen.

[2201] Eine geräumige Wohnung mit Gartenbe

nützung ist Berlinerstraße Nr. 57 zu ver

mieten und bald oder Termin Neujahr zu

beziehen. Näheres daselbst Parterre rechts.

Blücherplatz Nr. 5 ist die erste Etage, in

welcher bis jetzt ein Manufactur-

Waaren-Geschäft betrieben, pr. Term.

Michaelis oder Weihnachten zu vermieten.

Junkernstraße 33 ist der 3. Stock vor

heraus zu vermieten, bald oder 1. Oktober

zu beziehen. Näh. im 3. Stock, vorheraus.

Ring 37

ist die 3. Etage von Michaeli ab zu vermieten.

Ritterplatz Nr. 13 sind im 1. Stock 2 Stu

ben, Alstorf, Küche und Zubehör, im

zweiten Stock eine freundliche Winterstube zu

vermieten und Michaeli zu beziehen. [2145]

Ein praktisch und theoretisch gebildeter Land

Wirt, 29 Jahr alt und mit guten Zeug